

# Papers on International Political Economy

Arbeitspapiere der Arbeitsstelle Internationale Politische Ökonomie  
Working Papers by the Center for International Political Economy

Hrsg. von Prof. Dr. Susanne Lütz

---

## Matthias Kranke

Do Parties Matter?

Schwedische und britische Entwicklungspolitik zwischen  
'Solidarität' und 'Eigeninteresse'

---

No. 7  
2010

Freie Universität  Berlin

Arbeitsstelle Internationale Politische Ökonomie  
Center for International Political Economy

Matthias Kranke

Do Parties Matter?

Schwedische und britische Entwicklungspolitik zwischen ‚Solidarität‘ und ‚Eigeninteresse‘

PIPE Working Paper No. 7/2010

Arbeitsstelle Internationale Politische Ökonomie, Berlin

Center for International Political Economy, Berlin

Hrsg. von Prof. Dr. Susanne Lütz

28 Juli 2010

Papers on International Political Economy

ISSN 1869-4985 (Print)

ISSN 1869-8468 (Internet)

---

© 2010 by the author(s)

Papers on International Political Economy are working papers from the current research of the Center for International Political Economy at the Free University of Berlin. They appear in irregular intervals and are available for download free of charge from the homepage of the Center.

Matthias Kranke, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsstelle für Internationale Politische Ökonomie (unter Leitung von Prof. Dr. Susanne Lütz) am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er forscht derzeit schwerpunktmäßig zum Krisenmanagement des IWF und der EU.

Matthias Kranke

matthias.kranke@fu-berlin.de

Downloads

<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/ipoe/index.html>

PIPE Working Papers

Arbeitsstelle Internationale Politische Ökonomie

Center for International Political Economy

Freie Universität Berlin

Ihnestraße 22

14195 Berlin

Germany

Tel. (+49-30) 838-56470

Fax. (+49-30) 838-56474

<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/ipoe/index.html>

## Do Parties Matter?

Schwedische und britische Entwicklungspolitik zwischen Solidarität und Eigeninteresse\*

### Abstract

Political scientists have long been interested in the rationale behind giving official development assistance (ODA). With a few notable exceptions, scholars have neglected the impact of governing parties of different provenience on a donor country's foreign aid policy. In order to address this shortcoming, this paper focuses on the change of government from conservative (,right') to social democratic (,left') parties in Sweden (1994) and the United Kingdom (1997). The results contradict and qualify much of the conventional wisdom on the allegedly more benign foreign aid policy of social democratic parties. The paper reveals instead that the Swedish and British foreign aid policies of the 1990s share an interesting pattern: Social democrats tend to display a rhetoric that is more attuned to the idea of solidarity than the conservative foreign aid agenda, but in neither case does this tendency translate into a higher degree of solidarity as measured by five quantitative measures. On the contrary, conservative ODA actions speak louder than their words suggest, expressing at least as much, if not more, solidarity than their social democratic rivals.

---

\* Das vorliegende Working Paper ist eine wesentlich gekürzte und leicht überarbeitete Version der im November 2007 an der Universität Trier eingereichten Magisterarbeit des Verfassers. Großer Dank für zahlreiche hilfreiche Hinweise gebührt Rachel Folz, Hanns W. Maull, Thomas Oberkirch, Matthias Schröder, Michael Windhausen sowie insbesondere Siegfried Schieder, der dieses Forschungsvorhaben von Anfang bis Ende äußerst konstruktiv begleitet hat. Gedankt sei an dieser Stelle auch Johan Westrin und Jimmy Larsson-Hagberg für die freundliche Bereitstellung der Parteiprogramme der schwedischen Moderaten bzw. Sozialdemokraten. Die Inhalte dieser Studie wurden kürzlich im Rahmen der Konferenz der Nachwuchsgruppe der Sektion Internationale Politik (IP) der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) vom 28. bis 30. Mai 2010 in Arnoldshain vorgestellt.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Parteien als der ‚blinde Fleck‘ in der Entwicklungspolitikforschung	2
3. Forschungsdesign: Parteien zwischen Solidarität und Eigeninteresse	5
4. Schwedische Entwicklungspolitik und der Regierungswechsel 1994: ‚Lasst uns noch solidarischer sein!‘	10
5. Britische Entwicklungspolitik und der Regierungswechsel 1997: ‚Nie wieder <i>tied aid!</i> ‘	15
6. Fazit	20
Literaturverzeichnis	22
Anhang	30

## Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vorher-nachher-Vergleich: Schweden und Großbritannien	5
Tabelle 1: Solidarität und Eigeninteresse in der Entwicklungspolitik	9
Tabelle 2: Schwedische ODA, 1991-1994 und 1994-1998	13
Abbildung 2: Die schwedische Entwicklungspolitik nach dem Regierungswechsel 1994	15
Tabelle 3: Britische ODA, 1992-1997 und 1997-2001	18
Abbildung 3: Die britische Entwicklungspolitik nach dem Regierungswechsel 1997	20
<i>Tabelle A1</i> Schweden, 1991-1998: ODA-Vergabemerkmale in absoluten und relativen Werten	30
<i>Tabelle A2</i> Großbritannien, 1992-2001: ODA-Vergabemerkmale in absoluten und relative Werten	32

## 1. Einleitung

Der einst beschworene ‚außenpolitische Konsens‘ (Hilsman 1959) bröckelt, wenn er denn jemals woanders existierte als in den Köpfen auf ‚nationaler Einheit‘ erpichteter Politiker<sup>1</sup>. Wahlen werden zwar auch nach wie vor eher nicht von außenpolitischen – ganz zu schweigen von entwicklungspolitischen – Themen bestimmt, jedoch existieren zum Teil nicht unerhebliche Unterschiede zwischen miteinander konkurrierenden Parteien im Bereich der Entwicklungspolitik. Dass derartige Unterschiede im politischen Tagesgeschäft kaum zum Tragen kommen, sollte den Blick für konkurrierende entwicklungspolitische Programmatiken der Parteien nicht verstellen.

In den meisten Politikfeldern, zumal in der Innenpolitik, denken wir wie selbstverständlich in Links-Rechts-Dimensionen. So blickt die Typologisierung linker und rechter Parteien in den Sozialwissenschaften auf eine lange Tradition zurück. ‚Links‘ und ‚rechts‘ sind etablierte idealtypische Pole eines breiten Spektrums politischer Positionen (Bobbio 1996; Driver/Martell 2000; Freire 2006; Laponce 1981). Gerade das Verständnis von politischem Wettbewerb wäre ohne diese fundamentale Unterscheidung undenkbar (siehe Klingemann/Hofferbert/Budge 1994). Die schlichte Botschaft lautet: *parties matter!* Dementsprechend haben unzählige Forscher Unterschiede in Politikgehalten auf die Parteizugehörigkeit der handelnden Akteure zurückgeführt. Gerade in der Wirtschaftspolitik werden linken und rechten Parteien divergierende Präferenzen zugeschrieben (Hibbs 1977, 1987, 1992; Alt 1985; Alesina 1987, 1989). Gegenüber der Rolle von Parteien in der Entwicklungspolitik hält die Mehrzahl der Politikwissenschaftler die Augen hingegen nach wie vor fest verschlossen.

Diese analytische ‚Blindheit‘ überrascht, suchen Politikwissenschaftler doch schon länger nach möglichen Motiven für die Vergabe öffentlicher Entwicklungshilfe (*official development assistance*, ODA). Der Einfluss von Regierungsparteien unterschiedlicher Couleur auf die Entwicklungspolitik von Geberländern wird dabei eher selten in den Blick genommen, sondern meist vernachlässigt. In Erweiterung der Untersuchungen der Montrealer Politikwissenschaftler Jean-Philippe Thérien und Alain Noël versucht die vorliegende Analyse schwedischer und britischer Entwicklungspolitik in den 1990er Jahren, diese Forschungslücke durch die Beantwortung folgender Fragestellung zu verkleinern: Verfolgten linke Parteien (in Schweden und Großbritannien<sup>2</sup>) eine von höherer Solidarität geprägte Entwicklungspolitik als rechte Parteien? Die vorliegende Untersuchung knüpft somit nicht bloß an Untersuchungen zu parteipolitisch begründeten Unterschieden auf der *policy*-Ebene einerseits und den Motivlagen in der Entwicklungspolitik andererseits an; vielmehr verbindet sie diese zwei vielversprechenden, wenngleich bislang allenfalls sporadisch kombinierten, Forschungsstränge anhand zweier ausgewählter Fälle miteinander.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung widerlegen konventionelle Annahmen über die vermeintlich größere Solidarität linker Außen- und Entwicklungspolitik. Differenziert werden damit vor allem auch die Erkenntnisse aus den Studien Thériens und Noëls zu Geberländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*Organisation for Economic Co-operation and Development*, OECD). Zumindest für Schweden und Großbritannien lassen sich im gewählten – zugegebenermaßen eher kurzen – Untersuchungszeitraum zwar stärker solidarische Züge in der Programmatik der Sozialdemokraten finden, aber in keinem der beiden Fälle überträgt sich deren überlegene programmatische Solidarität auf die ODA-Merkmale. Im Gegenteil: Hier zeigt sich die Entwicklungspolitik der konservativen

---

<sup>1</sup> Alle hier aufgeführten allgemeinen Personenbezeichnungen sind geschlechtsneutral und inklusiv zu verstehen. Der besseren Lesbarkeit halber wird jedoch die (noch) gängige männliche Form verwendet.

<sup>2</sup> Diese für die offizielle Bezeichnung ‚Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland‘ gebräuchliche Kurzform wird durchgehend benutzt.

Parteien überraschenderweise mindestens in gleichem Maße solidarisch, wenn nicht sogar teilweise solidarischer.

Zum Nachweis dieses Befunds geht die vorliegende Untersuchung wie folgt vor. Aus der Darstellung des gegenwärtig lückenhaften Forschungsstandes (Abschnitt 2) wird zunächst das eigene Forschungsdesign zur Untersuchung von Solidarität und Eigeninteresse in der Entwicklungspolitik von Regierungsparteien hergeleitet, wobei ein besonderes Augenmerk auf der Entwicklung eines quantitativen Indikatorenkatalogs zur ODA-Vergabe liegt (Abschnitt 3). Darauf folgt die Analyse der beiden Fallbeispiele Schweden und Großbritannien (Abschnitte 4 und 5). Das Fazit fasst die Ergebnisse zusammen und setzt sich kurz mit deren Implikationen für zukünftige Forschungsvorhaben auseinander (Abschnitt 6).

## 2. Parteien als der ‚blinde Fleck‘ in der Entwicklungspolitikforschung

Im Gegensatz zu volkswirtschaftlichen Studien richten politikwissenschaftliche Untersuchungen ihr Augenmerk weniger auf die makroökonomischen Effekte von Entwicklungshilfe in den Empfängerländern als auf die politischen Entstehungsbedingungen von und Motive für Entwicklungspolitik seitens der Geberländer. Die für die meisten Politikwissenschaftler zentrale Frage lautet demzufolge: „Who Gives Foreign Aid to Whom and Why?“ (Alesina/Dollar 2000). Cranford Pratt (1988, 1999) benennt zum Beispiel diverse Motive für die Gewährleistung kanadischer Entwicklungshilfe. Marijke Breuning (1994, 1995) unterscheidet verschiedene Rollenkonzeptionen von Geberländern, welche die Vergabe von Entwicklungshilfe beeinflussen. Ähnlich verläuft die Argumentation bei Anne M. van der Veen (2000: 552), der die Unterschiede in der Entwicklungspolitik von vier europäischen Staaten zurückführt auf „shared ideas about the goals and values of development aid [...] related to a donor state’s identity“. Christina Schrade (1997) wiederum testet am Beispiel der bundesdeutschen Entwicklungspolitik nach 1990 drei außenpolitische Staatsmodelle (Macht-, Handels- und Zivilstaat). Alberto Alesina und David Dollar (2000) analysieren die strategischen Interessen der Geber unter anderem anhand der kolonialen Vergangenheit der Geber und des Abstimmungsverhaltens der Empfänger in den Gremien der Vereinten Nationen (*United Nations*, UN).

Das Verdienst der genannten Beiträge besteht darin, Entwicklungspolitik zu einem gewissen Grad zu konzeptualisieren sowie erklärbar zu machen. Allerdings ist ihnen allen die Schwäche gemein, Staaten als monolithische Akteure zu betrachten und dadurch innenpolitische Faktoren auszublenden; die Bedeutung binnenstaatlicher Strukturen und Akteure wird vernachlässigt; der potentiell maßgebliche Einfluss von Parteien wird nicht (systematisch) erfasst. Die nachfolgende Darstellung konzentriert sich daher insbesondere auf zwei Forschungsstränge, die dieses Defizit beheben könnten. Der erste Forschungsstrang rückt entwicklungspolitische Akteure (Parteien), der zweite entwicklungspolitische Motivationslagen (‚Solidarität‘ oder ‚Eigeninteresse‘) in den Mittelpunkt.

Der erste Strang folgt einem liberalen Argumentationsmuster, das die nationalstaatliche *black box* öffnet. Wegweisend in der Entwicklungspolitikforschung sind hierzu die Arbeiten Jean-Philippe Thériens und Alain Noël von der Universität Montreal, die sich der prominenten, wenn auch kontroversen, Unterscheidung zwischen linken und rechten Parteien bedienen. In ersten Untersuchungen stellen die beiden Politikwissenschaftler einen positiven Zusammenhang zwischen der Art des Wohlfahrtsregimes und der Höhe der Entwicklungshilfe her: Je sozialdemokratisch-egalitärer das Regime ist, desto mehr ODA vergibt ein Staat (Noël/Thérien 1995; Thérien/Noël 1994).<sup>3</sup> In ähnlicher Weise korreliert die öffentlich wahrge-

---

<sup>3</sup> Die Bedeutung der Wohlfahrtsstaatlichkeit für die Entwicklungspolitik wird zuvor bereits von David H. Lumsdaine (1993), Olav Stokke (1989) und Cranford Pratt (1989b, 1990) thematisiert. In diesem Zusammenhang hat Pratt

nommene Dringlichkeit nationaler Umverteilung negativ mit entwicklungspolitischen Ausgaben: Je egalitärer die Einkommensverteilung, umso eher wird Entwicklungshilfe befürwortet – und umgekehrt (Noël/Thérien 2002). Die eigenen wohlfahrtsökonomischen Präferenzen transzendieren nach dieser Logik politisch definierte Grenzen. Bereits in diesen früheren Untersuchungen vermuten Noël und Thérien (1995: 532) einen Zusammenhang zwischen Parteiausrichtung und Höhe der Entwicklungshilfe, ohne jedoch Belege dafür zu finden.<sup>4</sup>

Mit einer modifizierten Messung des Einflusses linker und rechter Parteien gelingt es Thérien und Noël (2000), diesen vor allem in qualitativen Studien vermuteten Zusammenhang schließlich auch quantitativ zu bestätigen. Im Rahmen einer Langzeitstudie von 16 OECD-Staaten im Zeitraum von 1980 bis 1991 weisen sie nach, dass linke Regierungen höhere Entwicklungshilfeleistungen gewähren als rechte Regierungen. Auf der Grundlage der Partei-Hypothese<sup>5</sup> argumentiert Thérien (2002a)<sup>6</sup>, dass schon die bloße Definition dessen, was als Entwicklungshilfe zu gelten habe, den Antagonismen zwischen linken und rechten Kräften unterliege. Demnach ist die noch recht junge Geschichte der internationalen Entwicklungspolitik, einem Pendel gleichend, durch die Konkurrenz zweier Paradigmen gekennzeichnet (Thérien 1999, 2002b, 2002a; Noël 2006). Der zentrale Unterschied zwischen den Parteien in der Entwicklungspolitik habe alle Veränderungen überdauert: „[T]he Left is more favourable than the Right to development assistance“ (Thérien 2002a: 450). Linke Parteien neigen zudem im Vergleich, so ist Marijke Breuning und John T. Ishiyama (2003) folgend zu ergänzen, zur Konzentration von (mehr) Entwicklungshilfe auf weniger Empfänger.

Die Leistung Thériens und Noëls besteht in diesem Zusammenhang darin, die so gängige Unterscheidung von Parteien entlang eines Links-Rechts-Spektrums ihres rein innenpolitischen Gewandes entkleidet zu haben.<sup>7</sup> Indem sie Parteien Einfluss auf nationalstaatliche Entwicklungspolitik zuweisen (*politics matters* bzw. *parties matter*), entkräften sie *en passant* die Ansicht, dass sich Parteiunterschiede nur im Bereich der Innenpolitik auswirkten. Anders formuliert: Ein entwicklungspolitischer Konsens ist mit Thérien und Noël nicht zu erwarten.<sup>8</sup>

Der zweite Strang reicht in die 1970er Jahre zurück, als erstmals systematischere Versuche unternommen werden, die genauen Motive für die Vergabe von Entwicklungshilfe zu bestimmen. Zunächst werden bestimmte Annahmen über erwartbares Verhalten von Geberstaaten formuliert (Dudley/Montmarquette 1976). Nur wenig später stellen R. D. McKinlay und R. Little zwei konkurrierende Modelle zur Erklärung bilateraler Entwicklungshilfe vor, das „donor interest“- und das „recipient need“-Modell (McKinlay 1978, 1979; McKinlay/Little 1977, 1978a, 1978b, 1979). Damit geben sie den Anstoß zur Anwendung und Wei-

---

(1989a) die Außenpolitik der *like-minded countries* – Kanada, die Niederlande, Norwegen und Schweden – als ‚humane internationalism‘ charakterisiert; deren Außenpolitik zeichne sich im Besonderen durch eine ethische Verpflichtung aus, die über nationale Staatsgrenzen hinausgehe.

<sup>4</sup> Damit teilen sie zuerst die Skepsis anderer Forscher (Breuning 1995; Imbeau 1988, 1989).

<sup>5</sup> Bereits in den 1960er Jahren postulieren Daniel Bell (1960) und Seymour M. Lipset (1963) die entgegengesetzte Hypothese vom ‚Ende der Ideologie‘, die besagt, dass ideologische Differenzen Regierungshandeln nicht (oder nur marginal) beeinflussen. Die Kontroverse über den empirischen Wahrheitsgehalt dieser konkurrierenden Hypothesen (siehe Castles 1982: 4-6; Imbeau 1994) ist weiterhin im Gange und hat durch die von Louis M. Imbeau, François Pétry und Moktar Lamari (2001) durchgeführte Meta-Analyse zahlreicher quantitativer Studien neue Nahrung erhalten.

<sup>6</sup> Dieser in Englisch verfasste Aufsatz ist nahezu identisch mit einem früheren Aufsatz in französischer Sprache (Thérien 2001) – mit dem einzigen wesentlichen Unterschied, dass der englische Aufsatz zusätzlich einen Abschnitt zur Definition von Entwicklungshilfe enthält. Demnach vertreten linke Parteien eine vergleichsweise enge Definition, wohingegen rechte Parteien ein weites Verständnis befürworten (Thérien 2002a: 451).

<sup>7</sup> In Ansätzen gelingt dies schon Wil Hout (1991).

<sup>8</sup> Trotz wiederholt konzeptionell ausgereifter und empirisch fundierter Beiträge ist das Echo in der Politikwissenschaft verhalten geblieben. Ein eher überschaubarer Kreis von Forschern hat die für die Innenpolitik längst akzeptierte Unterscheidung in systematischer Form auf außenpolitische Felder übertragen (siehe Milner 2006 für die Handelspolitik; Narizny 2003a, 2003b für die Sicherheitspolitik). Für einen knappen Überblick zur Bedeutung von Parteien in verschiedenen Politikfeldern siehe Kranke (2009)

terentwicklung ihrer Modelle (Maizels/Nissanke 1984), die bis heute der Überprüfung von Motivationslagen dienen (so bei Berthélemy 2006b, 2006a; Bueno de Mesquita/Smith 2009). Das Spannungsfeld zwischen Interessen der Geber und Bedürfnissen der Empfänger hat die Forschung zur Untersuchung entwicklungspolitischer Motive maßgeblich inspiriert. Am deutlichsten wird der Kontrast zwischen Arbeiten, die auf nationalstaatliche Interessen rekurrieren (Hook 1995; Lebovic 2005), und solchen, die humanitäre Motive betonen (Lumsdaine 1993).

Inwiefern die Berücksichtigung von Bedürfnissen der Empfänger bei der Vergabe von Entwicklungshilfe als Ausdruck von Solidarität gelten kann, ist dagegen bislang nicht hinreichend untersucht worden. Hier steht die Politikwissenschaft erst am Anfang. Neuere Studien zeigen jedoch, wie vielversprechend die Erschließung dieses Forschungsfeldes sein könnte. Die Sonderbeziehungen der Staaten der Europäischen Union (EU) zu inzwischen 77 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten)<sup>9</sup> können als Lackmestest für entwicklungspolitische Solidarität dienen; dies demonstrieren Siegfried Schieder, Rachel Folz und Simon Musekamp (Schieder/Folz/Musekamp 2010; siehe Folz/Musekamp/Schieder 2006; Folz/Musekamp/Schieder 2007)<sup>10</sup> an Fallbeispielen der AKP-Beziehungen Deutschlands und Frankreichs. Solche Beiträge bereichern die Debatte beträchtlich: Sie erweitern ältere Veröffentlichungen, welche die Berücksichtigung von McKinleys and Littles Empfängerbedürfnissen zwar feststellen, aber nicht erklären können, um eine plausible Erläuterung.

Der skizzierte Forschungsstand zur Entwicklungspolitik weist also zwei offensichtliche Lücken auf: die unterschätzte Rolle von Regierungsparteien und der untertheoretisierte Gehalt an Solidarität. In vielen Arbeiten werden modellhafte Annahmen getroffen, die implizit die Rolle von Parteien einschließen. Es mangelt indes nach wie vor an theoriegeleiteten Arbeiten, die entwicklungspolitisches Handeln von Parteien in zwei (oder mehr) Ländern systematisch miteinander vergleichen, um die quantitativen Ergebnisse von Thérien und Noël auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls zu korrigieren. Trotz deren wegweisenden Arbeiten ist die Geberseite politikwissenschaftlich indes nur begrenzt erschlossen worden: „[...] [T]here has been a dearth of systematic and comparative empirical analyses of the *donor side* of the equation“ (Schraeder/Hook/Taylor 1998: 296, Hervorh. i. Orig.).

Im Bemühen, diesen Mangel zu beheben, verbindet die vorliegende Untersuchung die beiden vorgestellten Forschungsstränge. Beim ersten Strang handelt es sich um die Unterscheidung zwischen linken und rechten Parteien; der zweite Strang umfasst konkurrierende Erklärungen der Motivation für Entwicklungshilfe, die sich zwischen solidarischem und eigennützigem Handeln bewegen. Diese beiden Dichotomien leiten die folgenden Überlegungen und bilden das Grundgerüst des Forschungsdesigns dieser Studie. Durch die Verbindung beider Stränge ist zu klären, ob Solidaritätsvorstellungen nicht nur zwischen Nationalstaaten, sondern auch innerhalb derselben – etwa aufgrund von Parteinflüssen – variieren.

---

<sup>9</sup> Die Regelungen für eine privilegierte handels- und entwicklungspolitische Partnerschaft zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den AKP-Staaten sind bereits in den Römischen Verträgen (1957) festgelegt. Die Partnerschaft, basierend auf den Yaoundé-Abkommen I und II (für den Zeitraum 1963-1975), erfuhr mit den Lomé-Abkommen I bis IV (1975-2000) und dem Abkommen von Cotonou (2000-2020) eine geographische Erweiterung und inhaltliche Vertiefung (siehe Tannous 2007).

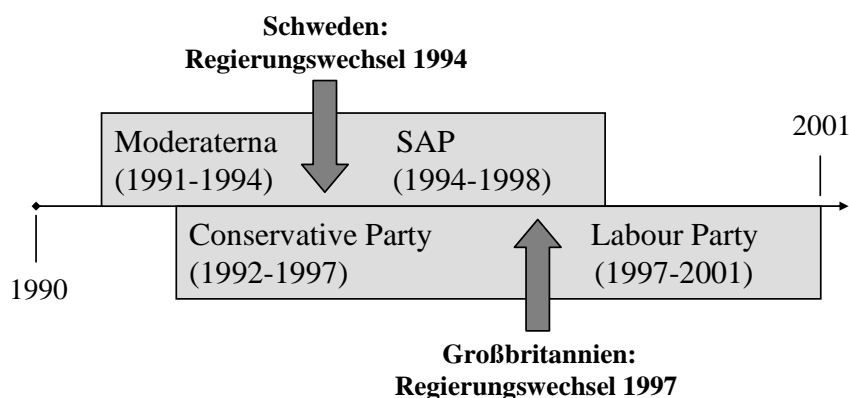
<sup>10</sup> Die Arbeiten sind Forschungsergebnisse aus dem Teilprojekt „Binnenstaatliche Wohlfahrtsstaatskonstruktionen und internationale Armutsbekämpfung: Die Europäische Union als entwicklungspolitischer Akteur“ (B 8), das im DFG-Sonderforschungsbereich 600 „Armut und Fremdheit: Wandel von Inklusions- und Exklusionsformen von der Antike bis zur Gegenwart“ an der Universität Trier angesiedelt ist. Ole Elgström (2000) und Genevra Forwood (2001) beleuchten die AKP-Beziehungen aus verhandlungstheoretischer Sicht.



### 3. Forschungsdesign: Parteien zwischen Solidarität und Eigeninteresse

Die vorliegende Studie führt mit einer Analyse schwedischer und britischer Entwicklungspolitik in den 1990er Jahren die zwei genannten Forschungsstränge zum Parteieinfluss und zur Motivation des Gebens zusammen. Aus einem liberalen Blickwinkel (siehe stellvertretend Moravcsik 1997) geht diese Studie dementsprechend davon aus, dass sich Regierungswechsel in einer veränderten Entwicklungspolitik niederschlagen. In den 1990er Jahren fand sowohl in Schweden (1994) als auch in Großbritannien (1997) jeweils ein Wechsel von einer konservativen („rechten“) hin zu einer sozialdemokratischen („linken“) Regierung statt, was einen systematischen Vorher-nachher-Vergleich des Einflusses von Parteien auf der Basis zweier ähnlicher Fälle<sup>11</sup> ermöglicht (siehe Abb. 1).

**Abbildung 1: Vorher-nachher-Vergleich: Schweden und Großbritannien**



Anmerkung: *Moderaterna* (kurz für *Moderata Samlingspartiet*) = die Moderaten.

Quelle: Eigene Darstellung. Für eine ausführliche methodologische Begründung der Fallauswahl und des Untersuchungszeitraums siehe Kranke (2007: Kap.2.2.2).

In vielen Studien werden immerhin indirekt Annahmen darüber getroffen, aus welchen Motivlagen heraus Entwicklungshilfe vergeben wird. Viele der vorgestellten Arbeiten bilden da keine Ausnahme. Solidarische Beweggründe sind eine mögliche Erklärung. So erheben Folz, Musekamp und Schieder (2005: 2) den Anspruch, „[...] ein analytisch trennscharfes Konzept der Solidarität [in der Entwicklungspolitik, Anm. d. Verf.] zu entwickeln“. Mit einem Konzept, das darüber hinaus Solidarität von Eigeninteresse abgrenzt, lässt sich die Entwicklungspolitik linker und rechter Parteien noch gezielter vergleichen. In Anlehnung an ältere Modelle zu Interessen der Geber und Bedürfnissen der Empfänger sowie an die neuere soziologische und politikwissenschaftliche Solidaritätsforschung versucht diese Studie, Unterschiede in der Entwicklungspolitik linker und rechter Parteien aufzuspüren.

Ohnehin bleibt die Mehrzahl der Untersuchungen, so überzeugend sie auch konzipiert sein mögen, auf einen Indikator, die Höhe der ODA, begrenzt. Wegen der eindimensionalen Messung, der auch Thérien und Noël (2000) vertrauen, bleibt eine Reihe wichtiger Fragen ungeklärt. Zum Beispiel finden sich bei ihnen keine Hinweise darauf, ob die abweichende Vergabehöhe bei linken und rechten Parteien in einem breiteren programmatischen Kontext steht. Es ist nämlich ebenso von Fällen auszugehen, in denen Entwicklungspolitik tatsächlich grundsätzlichen Vorstellungen und Werten folgt, wie von solchen, in denen Rhetorik und Handeln einander widersprechen. Von Interesse ist ferner, ob neben der Höhe der ODA als

<sup>11</sup> Damit ist methodisch kein *most similar system design*, bei dem ähnliche Fälle aufgrund einer Variable ein unterschiedliches Ergebnis aufweisen, impliziert. Vielmehr stellen beide Fälle zusammengenommen eine breitere empirische Basis zum Nachweis des zentralen Befundes dar.

Maßstab der finanziellen Unterstützung noch aus anderen Indikatoren Muster ‚typisch‘ linker und ‚typisch‘ rechter Entwicklungspolitik abgeleitet werden können. Dabei könnten sich die Indikatoren zu einem einheitlichen Bild einer solidarischen Politik zusammensetzen oder inhärente Widersprüche aufdecken, was bei einer Konzentration auf einen einzigen Indikator nicht möglich ist. Aus den genannten Gründen ist die Zusammenführung der beiden Forschungsstränge sinnvoll, um das Ausmaß von Solidarität und Eigeninteresse in der Entwicklungspolitik von Regierungsparteien zu bestimmen.

Zur Zusammenführung der beiden Forschungsstränge werden qualitative und quantitative Methoden in zwei komplementären Schritten miteinander kombiniert. Erstens wird die entwicklungspolitische Programmatik anhand der Parteiprogramme der regierenden Partei(en), offiziellen Regierungsdokumenten sowie Äußerungen exponierter Regierungsmitglieder qualitativ untersucht. Dazu wird eine Auswahl repräsentativer Texte herangezogen. Nimmt Helfen eine normative Bedeutung an, wird von ‚Solidarität‘ gesprochen; nimmt Helfen hingegen eine instrumentelle Bedeutung an, wird von ‚Eigeninteresse‘ gesprochen.

Zweitens wird, um das Ausmaß der Veränderungen nach dem Regierungswechsel unabhängig von möglicherweise verfälschender politischer Rhetorik messen zu können, ein auf Datensätzen der OECD basierender quantitativer Indikatorenkatalog entwickelt. Während sich die meisten Studien mit dem Kriterium der relativen Höhe der ODA (gemessen am *gross national income*, GNI) begnügen, operationalisiert diese Studie die Begriffe ‚Solidarität‘ und ‚Eigeninteresse‘ mithilfe von vier zusätzlichen Indikatoren (Zuschusselement, Lieferbindung, Allokation nach Einkommensgruppen, Vergabekanäle). Durch die Erweiterung auf insgesamt fünf ODA-Vergabemerkmale wird zum einen die Validität der quantitativen Ergebnisse erhöht und zum anderen ein exakteres Korrektiv für etwaige Verzerrungen, die von der qualitativen Analyse herrühren, bereitgestellt. Die Wahl der fünf Indikatoren wird im Folgenden in gebotener Kürze begründet.<sup>12</sup>

1) *Relative Höhe*: Die relative Höhe der ODA ist der klassische Vergleichsmaßstab für die Qualität der Entwicklungspolitik; eine Bewertung orientiert sich hierbei typischerweise an der offiziellen ODA-Zielgröße von 0,7 Prozent des GNI, die 1970 von den UN festgelegt wurde. Drei Gründe machen den Indikator zu einem geeigneten Vergleichsmaßstab. Erstens hat die Höhe der ODA in vielen Fällen ihre Tauglichkeit für sozialwissenschaftliche Vergleiche unter Beweis gestellt. Zweitens ist eine einfache Zuordnung gewährleistet: Je größer der Anteil gemessen an der Wirtschaftskraft des Geberlandes, desto solidarischer ist die Entwicklungspolitik annahmegemäß. Drittens gehen mit Budgetentscheidungen politische Prioritätensetzungen einher: Wenn einer Partei Entwicklungspolitik ein besonderes Anliegen ist, dürfte sie Kürzungen finanzieller Mittel in diesem Bereich ablehnend gegenüberstehen.

2) *Zuschusselement*<sup>13</sup>: Schon intuitiv besitzt dieser Indikator Anziehungskraft, weil man eine ansteigende Größe des Zuschusselements mit mehr Solidarität gleichzusetzen neigt. Schließlich erhöhen reine Zuschüsse im Gegensatz zu Krediten die Schuldenlast der Empfänger nicht (Daudin/Ventelou 2003: 302; Burnell 1997: 13). So gesehen sind bilaterale Zuschüsse entwicklungspolitische ‚Gaben‘ des Geberlandes an das jeweilige Empfängerland. Der Einwand Tomohisa Hattoris (2001, 2003), ein jedes

<sup>12</sup> Ausführlich dazu und zum Ausschluss dreier anderer potentieller Indikatoren (Konditionalität sowie sektorale und geographische Allokation) siehe Kranke (2007: Kap. 2.2.3).

<sup>13</sup> Der Begriff ‚Zuschusselement‘ bezieht sich auf den „Grad der Vergünstigung ‚weicher Kredite‘ (Zinssatz, Laufzeit, Freijahre) gegenüber Krediten zu marktüblichen Bedingungen“ (Nuscheler 2006: 636). Ein 100-prozentiges Zuschusselement (*grant element*) ist ein reiner Zuschuss (*grant*) und gleicht dadurch einem Geschenk, während sich am Ende der Skala ein Kredit (*loan*) zu Marktbedingungen (bei angenommener Verzinsung von 10 Prozent), d. h. ohne Zuschusselement, befindet. Damit öffentliche Darlehen als ODA anerkannt werden, verlangt der *Development Assistance Committee* (DAC) der OECD ein Mindestzuschusselement von 25 Prozent (Nohlen 2002b: 909; Nuscheler 2006: 636).

Geschenk mit einem klar identifizierbaren ‚Wohltäter‘ werde mit der impliziten Aufforderung zur Erbringung einer nicht fixierten, aber erwarteten Gegenleistung gegeben,<sup>14</sup> ist zwar tendenziell richtig, wie nachfolgend bei der Diskussion der Vergabekanäle noch gezeigt wird. Ausschließlich multilateralen Zuschüssen solidarischen Charakter zuzuweisen, ihn bilateralen Zuschüssen aber grundsätzlich abzusprechen, überzeugt jedoch theoretisch nicht, weil Hattori damit die Logik des Schenkens auf die vom Geber möglicherweise intendierte Stabilisierung des zwischenstaatlichen Status quo verengt; es überzeugt auch empirisch nicht, weil auch das Geben zwischen Gesellschaften einen Akt der Freiwilligkeit begründet (Stokke 1995: 33). Daher ist Entwicklungspolitik – Hattoris Einwand zum Trotz – umso solidarischer, je mehr der Geber zugunsten zinsloser Zuschüsse auf Kredite mit Zinsrückflüssen verzichtet. Ferner wird die Aussagekraft der Untersuchung durch drei weitere Indikatoren, unter denen sich auch die Unterscheidung nach Vergabekanälen befindet, auf ein erheblich breiteres Fundament gestellt.

3) *Lieferbindung*<sup>15</sup>: Bei diesem Indikator spricht auf Anhieb vieles für eine Zuordnung zur Kategorie ‚Eigeninteresse‘, denn die Geber können entweder aus der Vergabe von Entwicklungshilfe eigene ökonomische Vorteile ziehen oder zumindest durch die Aussicht auf solche Vorteile die gesellschaftliche Unterstützung für Entwicklungshilfsprogramme sicherstellen (Hjertholm/White 2000a: 94). Wenn die Empfängerländer allerdings politischen Spielraum erhalten, die finanziellen Mittel aus ungebundener Entwicklungshilfe für ihre dringenden Bedürfnisse einzusetzen, verzichtet der Geber auf direkten Einfluss (Daudin/Ventelou 2003: 302; Nuscheler 2006: 628). Gegenüber dem breiten Begriff der Konditionalität ist dieser Indikator eindeutiger quantifizierbar, da er in den OECD-Statistiken gesondert ausgewiesen wird: Ein vergleichsweise geringer Einsatz ungebundener bilateraler Hilfe signalisiert starkes Eigeninteresse; umgekehrt nimmt die solidarische Komponente zu, je mehr Hilfe ungebunden vergeben wird.

4) *Allokation nach Einkommensgruppen*<sup>16</sup>: Es ist von hoher Bedeutung, welche Länder die hauptsächlichen Adressaten der Entwicklungshilfe eines Gebers sind. Das Argument hierzu lautet, dass sich eine solidarische Entwicklungspolitik durch einen hohen relativen ODA-Anteil für die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (*least developed countries*, LDCs) auszeichnen müsste (Burnell 1997: 12-13). Damit würde die ODA nicht allein nach politischen, strategischen oder wirtschaftlichen Erwägungen des Gebers verteilt, sondern primär nach der Bedürftigkeit einzelner Länder. Selbst dieser Indikator ist nicht frei von Problemen, denn die Hilfe für ein bestimmtes LDC erreicht keineswegs sicher auch die Bedürftigen dieses Landes (Nuscheler 2006: 489), was allerdings die solidarische Intention des Gebers nicht schmälert. Im Gegensatz zu anderen Allokationsarten kann besser herausgearbeitet werden, ob die

---

<sup>14</sup> Hattori verbindet die Erkenntnisse von Marcel Mauss (1990 [1923/24]) zur sozialen Macht des Schenkens und von Marshall Sahlins (1972) zur Reziprozität des Schenkens zu der These, dass bilaterale Entwicklungshilfe die ihr inhärente ‚symbolische Dominanz‘ (Bourdieu 1979) aufrechterhalte. Ausführlich zu den widerstreitenden soziologischen Theorietraditionen, die sich mit dem Phänomen der Gabe beschäftigen, siehe Adloff/Mau (2005a). Eine Gemeinsamkeit aller Perspektiven sei allerdings die Bedeutung der wechselseitigen Beziehung, die einer jeden Gabe zugrunde liege (Adloff/Mau 2005b: 46; siehe bereits Komter 1996).

<sup>15</sup> Gemeint ist die ‚[v]ertragliche Bindung von Kapitalhilfe an Lieferungen und Leistungen aus dem Geberland‘ (Nohlen 2002a: 523; Nuscheler 2006: 628). Je nach Grad der Bindung spricht man von *tied aid*, *partially untied aid* oder *untied aid* (OECD 2008: 233-234).

<sup>16</sup> Anders als bei der sektoralen, länderspezifischen oder geographischen Allokation betrachtet man bei der Allokation nach Einkommensgruppen die relative Gewichtung von Ländergruppen bei der Vergabe. Die am wenigsten entwickelten Länder (*least developed countries*, LDCs) gehören zur Gruppe der *low-income countries* (LICs), die gemäß UN-Konvention in LDCs und *other LICs* unterteilt wird. Ein LIC gilt dann als LDC, wenn es innerhalb dieser Niedrigeinkommensgruppe zusätzlich noch bestimmte sozioökonomische Grenzwerte unterschreitet. Die Gruppe der LICs wird nach dem Pro-Kopf-Einkommen gegenüber anderen Ländergruppen abgegrenzt. Ein Land mit einem *GNI per capita* von 935 US\$ oder weniger (im Jahr 2007) gilt als LIC (OECD 2010: 271-272).

Bedürftigkeit eines Landes bei der Vergabeentscheidung Priorität besitzt:<sup>17</sup> Je stärker also die LDCs bei der bilateralen Vergabe der ODA repräsentiert sind, umso höher ist der Grad der Solidarität; dagegen deutet eine geringere Repräsentation dieser Ländergruppe auf stärkeres Eigeninteresse des Gebers hin. Die bisherigen vier Indikatoren, die Peter Hjertholm und Howard White (2000b, 2000a) in ihren *aid diamonds* zur Überprüfung der Qualität von Entwicklungspolitik heranziehen, sind in der Summe schon aussagekräftig. Sie werden dennoch um noch einen weiteren Indikator ergänzt.

5) *Vergabekanäle*: Die Unterscheidung nach Vergabekanälen kann ebenfalls für eine Zuordnung nutzbar gemacht werden. Die bilaterale Vergabe von Staat zu Staat ermöglicht es dem Geber, unmittelbaren Einfluss auf das Empfängerland auszuüben und die vergebenen Mittel für andere als rein entwicklungspolitische Ziele zu instrumentalisieren (Girrbach 2002: 107-108). Das Geberland ist klar identifizierbar und kann sich auch ohne explizite Bedingungen Gegenleistungen vom Empfängerland erhoffen beziehungsweise diese forcieren. Hattori (2001: 647, Hervorh. i. Orig.) assoziiert daher bilaterale Zuschüsse mit einer ‚Dankbarkeitspflicht‘ auf Seiten des Empfängers: „They [= bilateral grants, Anm. d. Verf.] are the kind of gift that ensures, in effect, that recipients *know whom to thank*.“ Werden die Gelder hingegen über multilaterale Kanäle, also auf einem Umweg über internationale Organisationen vergeben, so ist die Zurechenbarkeit diffus und die Hilfe damit weniger anfällig für eine gezielte Instrumentalisierung durch den Geber (Daudin/Ventelou 2003: 302; Schrade 1997: 278-281). In der multilateralen Vergabe laufen mehrere Argumente zusammen, die zuvor unter ‚Solidarität‘ subsumiert worden sind: „This [multilateral, Anm. d. Verf.] aid is not tied; it tends to be given to the poorest countries – i.e., those most in need; and it is often given as grants, instead of loans“ (Milner 2006: 138). Multilaterale Vergabe ist folglich als solidarisch zu charakterisieren, während bilaterale Vergabe – gleich ob als Zuschuss oder Kredit – aufgrund der damit einhergehenden offenen Machtasymmetrien einer eigennützigen Entwicklungspolitik entspricht. Die fünf gleichrangigen Indikatoren werden auf der Grundlage von OECD-Datensätzen, die nationalen Daten wegen der besseren Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit vorzuziehen sind, jeweils als relativer Anteil gemessen: Wenn der jährliche Durchschnittswert eines Anteils nach dem Regierungswechsel zunimmt, gilt die Entwicklungspolitik in diesem Punkt als solidarisch; wenn dieser Anteil abnimmt, gilt die Entwicklungspolitik in diesem Punkt als von Eigeninteresse geleitet. Auf diese Weise für jeden Indikator quantitativ eindeutig sowie einheitlich (Zunahme/Abnahme; siehe Tab. 1) operationalisiert, sind ‚Solidarität‘ und ‚Eigeninteresse‘ als Kategorien für den Vergleich der Entwicklungspolitik im Sinne eines Mehr oder Weniger verwendbar. Das resultierende Testraster ist in Tabelle 1 dargestellt.

---

<sup>17</sup> Wenngleich die überwiegende Mehrheit der LDCs auf dem afrikanischen Kontinent beheimatet ist, wäre eine Messung der geographischen Allokation gegenüber der nach Einkommensgruppen unpräzise, weil genau jene afrikanischen Länder, die nicht zu den LDCs gehören, die Hauptempfänger eines Gebers sein könnten; dann würde die ODA nur vordergründig mit Bedürftigkeit korrelieren. Als noch ungeeigneter hat sich der Indikator ‚sektorale Allokation‘ herausgestellt: Ein Geber, der etwa ausschließlich soziale Sektoren in Schwellenländern unterstützt, handelt in diesem Sinne nicht solidarisch. Siehe auch Schrade (1997: 273-274) für eine leicht veränderte Anwendung des Bedürftigkeitskriteriums, das noch die Bevölkerungsgröße des Empfängerlandes einschließt.

**Tabelle 1: Solidarität und Eigeninteresse in der Entwicklungspolitik**

		Solidarität	Eigeninteresse
Dimension 1	Entwicklungspolitische Programmatik	Normative Bedeutung: Helfen als Motiv	Instrumentelle Bedeutung: Helfen als Mittel
Dimension 2	Vergabemerkmale der ODA	Zunahme	Abnahme
	Relative Höhe	des Anteils der ODA am GNI <sup>a</sup> (in %)	des Anteils der ODA am GNI <sup>a</sup> (in %)
	Zuschusselement	des Schenkungsanteils an der bilateralen <sup>b</sup> ODA (in %)	des Schenkungsanteils an der bilateralen <sup>b</sup> ODA (in %)
	Lieferbindung <sup>c</sup>	des Anteils ungebundener Hilfe <sup>d</sup> an der bilateralen <sup>b</sup> ODA (in %)	des Anteils ungebundener Hilfe <sup>d</sup> an der bilateralen <sup>b</sup> ODA (in %)
	Allokation nach Einkommensgruppen	des Anteils der Hilfe für die LDCs an der bilateralen <sup>b</sup> ODA (in %)	des Anteils der Hilfe für die LDCs an der bilateralen <sup>b</sup> ODA (in %)
	Vergabekanäle <sup>c</sup>	des Anteils multilateraler Hilfe an der gesamten ODA (in %)	des Anteils multilateraler Hilfe an der gesamten ODA (in %)

Anmerkungen:

- a In der Online-Datenbank OECD.Stat wurden alle Daten bis 2001 rückwirkend (von GNP, *gross national product*) auf GNI umgestellt, was aber vernachlässigbar geringfügige statistische Auswirkungen hat, so dass hier einheitlich die inzwischen übliche Angabe verwendet wird.
- b Multilaterale Hilfe besteht beinahe ausschließlich aus ungebundenen Zuschüssen. *Zuschusselement* und *Lieferbindung* werden daher im Verhältnis zur bilateralen ODA gemessen; sonst würde das Ergebnis (stark) nach oben verzerrt. *Allokation nach Einkommensgruppen* wird ebenfalls an der bilateralen ODA gemessen, da die multilaterale ODA, die internationale Organisationen von einem bestimmten Geberland erhalten, von der OECD nicht vollständig nach den tatsächlichen Endempfängern aufgeschlüsselt wird. Ohnehin vergeben multilaterale Institutionen überproportional viel Hilfe an die LDCs, so dass erneut eine Verzerrung nach oben vorläge, falls die multilaterale Hilfe hierfür einbezogen würde.
- c Für die Indikatoren *Lieferbindung* und *Vergabekanäle* ist jeweils der Umkehrschluss zulässig: ‚Solidarität‘ könnte man auch als Abnahme des gebundenen und teilweise ungebundenen Anteils an der bilateralen ODA bzw. des Anteils bilateraler Hilfe an der (gesamten) ODA operationalisieren, was jedoch aus Gründen der Einheitlichkeit unterlassen wird.
- d Hierunter fällt ausschließlich *untied aid* als die ‚reine‘ Form ungebundener Hilfe, weil teilweise ungebundene Hilfe vergleichbaren Restriktionen unterliegt wie gebundene Hilfe (OECD 2008: 233).

Quelle: Eigene Darstellung.

Das Raster stellt die Grundlage für die empirische Überprüfung der entwicklungspolitischen Bedeutung von Regierungswechseln in Schweden und Großbritannien während der 1990er Jahre dar. Berücksichtigt man bisherige Forschungsergebnisse, lassen sich zwei Arbeitshypothesen ableiten:

Hypothese 1: Entwicklungspolitik nimmt bei sozialdemokratischen Parteien einen programmatisch höheren Stellenwert ein als bei konservativen Parteien.

Hypothese 2: Wenn sozialdemokratische Parteien die Regierungsgeschäfte von konservativen Parteien übernehmen, steigen die relative Höhe der ODA, der Schenkungsanteil, der Anteil ungebundener Hilfe, der Anteil der Hilfe für die LDCs und der Anteil multilateral vergebener Hilfe an.

#### 4. Schwedische Entwicklungspolitik und der Regierungswechsel 1994: 'Lasst uns noch solidarischer sein!'

##### *Programmatik*

Für die Moderate Sammlingspartei (*Moderata samlingspartiet*) ebenso wie für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (*Sveriges socialdemokratiska arbetareparti*, SAP) gilt grundsätzlich, dass ihre entwicklungspolitische Programmatik stärker von Solidarität als von Eigeninteresse geprägt ist. Helfen ist das dominierende Motiv für die Vergabe von Entwicklungshilfe, und Armutsbekämpfung ist die vorrangige Funktion von Entwicklungspolitik. Damit steht die Programmatik beider Parteien im Einklang mit der solidarischen Verankerung der schwedischen Entwicklungspolitik (*biståndspolitik*) seit den frühen 1960er Jahren, bei der die Bedürfnisse der Empfängerländer routinemäßig in den Mittelpunkt gerückt werden (Danielson/Wohlgemuth 2005: 519). „Solidarität über Grenzen hinaus“ (Heppling 1958) bildet fortwährend den entwicklungspolitischen Pfeiler des ‚Scandinavian exceptionalism‘ (Lawler 1997), für den eine solidarisch durchdrungene Außenpolitik als Abbild eines universellen Wohlfahrtsverständnisses charakteristisch ist (Bergman 2005, 2006, 2007). Trotz der ähnlichen Grundausrichtung zeichnen sich gewisse Unterschiede zwischen der konservativen und der sozialdemokratischen Programmatik ab. In drei Aspekten übertrifft die SAP unter den Staatsministern Ingvar Carlsson (1994-1996) und Göran Persson (1996-1998)<sup>18</sup> programmatisch noch das Ausmaß entwicklungspolitischer Solidarität der Moderaten Sammlingspartei unter Carl Bildt (1991-1994)<sup>19</sup>.

Erstens bietet die SAP eine direkte Auseinandersetzung mit dem Begriff ‚Solidarität‘ an, während die Moderaten dessen Inhalt vorzugsweise umschreiben, statt sich begrifflich direkt darauf zu beziehen. Über mehrere Jahre rekurren die Sozialdemokraten also genau auf einen der beiden dichotomen Begriffe, die im Zentrum der Untersuchung stehen. ‚Solidarität‘ (*solidaritet*) ist neben ‚Freiheit‘ (*frihet*) und ‚Gleichheit‘ (*jämliket*) eines der zentralen Schlagworte im SAP-Parteiprogramm von 1990 (SAP 1990)<sup>20</sup> und findet sich schon in älteren Programmen (SAP 1975). Dieser Grundwert wirkt normativ verpflichtend: Entwicklungshilfe, so die Überzeugung der Sozialdemokraten, erfülle den Anspruch dringend gebotener Solidarität, die vor Landesgrenzen nicht Halt machen dürfe. Gerade auch in der Handelspolitik sei ein Entgegen-

---

<sup>18</sup> Carlsson war zuvor bereits von 1986 bis 1991 der Regierungschef Schwedens gewesen. Persson blieb bis zur Wahlniederlage im September 2006 im Amt des Regierungschefs.

<sup>19</sup> Koalitionspartner von Bildts Moderaten waren die Zentrumspartei (*Centerpartiet*), die Liberale Volkspartei (*Folkpartiet Liberalerna*) und die Christdemokratische Gemeinschaftspartei (*Kristdemokratiska Samhällspartiet*, KDS), welcher der damalige Entwicklungshilfeminister Alf Svensson angehörte. Bildt ist seit dem Regierungswechsel 2006 schwedischer Außenminister.

<sup>20</sup> Sämtliche Parteiprogramme der schwedischen Sozialdemokraten von 1897 bis 1990 sind in SAP (SAP 2001) zusammengefasst. Bei direkten Zitaten wird zur besseren Nachvollziehbarkeit die Seitenzahl aus diesem Dokument angegeben.

kommen der Industrienationen dringend geboten, „[...] um die Interessen der Entwicklungsländer zu befriedigen“ (SAP 1990, abgedruckt in SAP 2001: 150, Übers. d. Verf.)<sup>21</sup>. Die Moderate Sammlungspartei komprimiert ihren entwicklungspolitischen Anspruch ebenfalls – mit anderer Akzentuierung – in einer griffigen Begriffstrias: ‚Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie‘ (frihet, *marknadsekonomi och demokrati*) durchziehen verschiedene Parteidokumente der Partei in den 1990er Jahren (Moderaterna 1991, 1993, 1994), Regierungserklärungen (Regeringen 1994) sowie parlamentarische Anträge ihrer Abgeordneten (u. a. Persson 1993)<sup>22</sup>. Wo die Sozialdemokraten direkt von ‚Solidarität‘ sprechen, betonen die Moderaten tendenziell eher ‚Freiheit‘. Eine Ausnahme innerhalb der konservativen Regierung ist der christdemokratische Entwicklungshilfeminister Alf Svensson, dessen Wortwahl beispielsweise eher an die stärker von Solidaritätserwägungen geprägte Programmatik der Sozialdemokraten erinnert, obwohl er sein Verständnis von „Brüderschaft, Solidarität und Achtung vor den Menschenrechten“ (Svensson et al. 1995) vor allem christlich-religiös mit dem gleichen Wert eines jeden Individuums begründet. Daraus leitet er ein klares Plädoyer ab: „Das Leid in der Welt, unsere Verantwortung!“ (Svensson et al. 1996).<sup>23</sup>

Zweitens legen die Sozialdemokraten größeren Wert auf eine nachhaltige Verringerung der Armut in den Entwicklungsländern. Die SAP definiert sich geradezu über Armutsbekämpfung. Premierminister Carlsson ist dabei innerhalb seiner Partei prominentester Fürsprecher eines ‚Rechts der Armen‘, das auf frühere Versprechen zur „Solidarität mit den armen Völkern“ (SAP 1967) zurückgeht und wenig später im Parteiprogramm (SAP 1997) sowie in einer Erklärung der Persson-Regierung (Regeringen 1997) zu einer entwicklungspolitischen Leitlinie verdichtet wird: „Der Kern der Solidaritätsidee ist das Recht der Armen: das Recht der Armen auf ihre Menschenwürde, auf Freiheit von Armut und von Unterdrückung“ (Carlsson et al. 1992; im selben Wortlaut zwei Anträge von Carlsson et al. 1993a; 1994). Armutsbekämpfung steht bei den Sozialdemokraten entwicklungspolitisch stets im Vordergrund (Carlsson et al. 1993a; SAP 1990), wengleich sie sich funktionalistischen Argumenten wie dem Verweis auf eine globale Schicksalsgemeinschaft (*ödesgemenskap*) nicht völlig verschließen (Carlsson et al. 1993b). Auch die Moderaten halten die Armutsbekämpfung von jeher für eine wichtige entwicklungspolitische Aufgabe (Moderaterna 1978); speziell der Einsatz für effektivere Entwicklungshilfe ist in diesem Zusammenhang zu sehen (Moderaterna 1984). Dafür wird die aus den Parteigrundwerten hergeleitete Begriffstrias ‚Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie‘ als Lösung auserkoren: Durch die Garantie ökonomischer und politischer Freiheit werde Armut zwangsläufig verringert – Freihandel sei der beste Beitrag zur Armutsverringering (Moderaterna 1984, 1993; Bildt et al. 1995; Gennser 1992). In Übereinstimmung mit dieser normativen Grundausrichtung der Partei werden Entwicklungspolitik und Demokratisierung in den Empfängerländern explizit verbunden.<sup>24</sup> Armutsbekämpfung bleibt aller Freihandelsrhetorik zum Trotz von hoher Bedeutung.

Drittens räumt die SAP der Entwicklungspolitik eine merklich prominentere Stellung als eigenständiges Politikfeld ein. Hier sei noch einmal an die außergewöhnliche Tragweite des Begriffes ‚Solidarität‘ erinnert, an dem sich für die schwedischen Sozialdemokraten entwicklungspolitisches Handeln zu messen habe. Die intensive Beschäftigung mit dem Recht der Armen ist ein weiteres Beispiel dafür, welche hohe Bedeu-

---

<sup>21</sup> Auch bei allen folgenden direkten Zitaten aus dem Schwedischen handelt es sich um Übersetzungen des Verfassers.

<sup>22</sup> Es handelt sich hier keineswegs um den späteren sozialdemokratischen Premier Göran Persson, sondern um Bertil Persson, ein Parteimitglied der Moderaten.

<sup>23</sup> Svenssons Rolle innerhalb der Regierung könnte es auch zuzuschreiben sein, dass eine Erklärung der Koalition aus dem Jahre 1994 die „Solidarität mit den armen Ländern“ und die Bekämpfung des „Protektionismus der reichen Welt“ (Regeringen 1994) in Zusammenhang bringt.

<sup>24</sup> Dies belegt unter anderem eine Analyse von Parteiprogrammen und Parlamentsdebatten aus den 1990er Jahren (Nihlgård 1996: 27-29). Dass der Antritt der konservativen Bildt-Regierung die entwicklungspolitische Agenda eindeutig in Richtung Effektivität lenkte, unterstreicht Jerker Carlssons (1998: 7) Studie.

tung diesem Politikfeld beigemessen wird. Ebenfalls ins Bild eines eigenständigen Politikfeldes passt die Zentralisierung der Entwicklungspolitik zum 1. Juli 1995, bei der die Vielzahl der zuständigen Regierungsbehörden unter dem Dach einer neuen schlagkräftigeren Behörde namens Sida (*Styrelsen för internationellt utvecklingssamarbete*) zusammengeführt wurden.<sup>25</sup> Als günstig erwies sich generell sicherlich, dass mit Carlsson bereits zu Oppositionszeiten ein führender sozialdemokratischer Politiker das Thema Armutsbekämpfung besetzt hatte und dass sich mit seinem Nachfolger Göran Persson jemand fand, den Kurs fortzuführen, nachdem Carlsson 1996 von seinem Amt als Regierungschef zurückgetreten war. Der Stellenwert als eigenständiges Politikfeld ist bei den Moderaten nicht durchweg in dem Maße erkennbar. So gibt es – wenn auch nur vereinzelt – parteinterne Forderungen nach einem Ausbau des Anteils gebundener Hilfe (Hegeland/Fridolfsson 1993), die so gar nicht in das Bild einer solidarisch verstandenen Entwicklungspolitik passen (siehe Indikatoren in Tab. 1). Auch der wiederholt hergestellte Konnex zwischen Entwicklungshilfe und Freihandel zur Armutsbekämpfung könnte in diese Richtung gedeutet werden. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die SAP in puncto Entwicklungspolitik umfassendere Zielvorstellungen als die politische Konkurrenz von den Moderaten formuliert. Argumentativ sind bei ihr Armutsbekämpfung und die sozialdemokratische Solidaritätsvorstellung viel enger miteinander verbunden.<sup>26</sup> Zwei repräsentative Äußerungen Bildts und Carlssons mögen diese – zweifellos eher geringfügigen – Unterschiede abschließend verdeutlichen:

Die Effektivität bei der Armutsbekämpfung sollte ausschlaggebend für die Ausgestaltung der schwedischen Entwicklungshilfe sein. [...] Entwicklungshilfe kann und muss auf die strategisch bedeutungsvollsten Einsatzbereiche konzentriert werden. ‚Entwicklungshilfe soll das Öl im Motor sein – nicht das Benzin im Tank‘ (Bildt et al. 1995).<sup>27</sup>

Bilaterale Entwicklungshilfe muss sich auf die ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder konzentrieren. Die Armutsbekämpfung hat im Vordergrund zu stehen. [...] Man muss Entwicklungshilfe für ein bestimmtes Land mehr als ‚Prozess‘ oder ‚Programm‘ denn als einzelnes Projekt betrachten. In der Praxis bedeutet dies unter anderem, dass Entwicklungshilfe langfristig angelegt sein muss (Carlsson et al. 1993a).

### *Vergabemerkmale*

Der Eindruck, dass die SAP die Moderate Sammlungspartei in entwicklungspolitischer Solidarität (leicht) übertrifft, bestätigt sich beim Abgleich mit den quantitativen Indikatoren nicht. Erneut trennen beide Parteien bloß Nuancen, wobei interessanterweise die Moderaten – gemessen an den in Abschnitt 3 defi-

---

<sup>25</sup> Unter diesen vielen Behörden befand sich auch die 1965 gegründete Regierungsbehörde SIDA (*Styrelsen för internationell utveckling*), die von da an 30 Jahre lang mit der Verwaltung der schwedischen Entwicklungshilfe betraut war. Anfangs war SIDA unangefochten die einzige Verwaltungsbehörde in diesem Bereich, bis erstmals Mitte der 1970er Jahre die Gründung zusätzlicher, spezialisierter Behörden vorangetrieben wurde, was die entwicklungspolitische Praxis enorm verkomplizierte (Danielson/Wohlgemuth 2005: 533; Utrikesdepartementet 1996: 21). Der alte Name hat die Fusion im Prinzip überlebt: Man schreibt das neue Akronym lediglich nicht mehr in Großbuchstaben (nun: Sida), und im Namen der Behörde ist ‚Entwicklung‘ durch ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ ersetzt worden. Zur Vorgeschichte der einzelnen Behörden und zu den administrativen Veränderungen nach der Reform siehe weiterführend OECD (OECD 1996: 16-23).

<sup>26</sup> Es ist insofern nicht verwunderlich, dass der Solidaritätsidee in Schweden vorwiegend von den Sozialdemokraten Vorschub geleistet wurde. Die Verbindung nationaler mit internationaler Solidarität geht auf das Wirken der Sozialdemokratie zurück (Elgström 1990: 145-146). Was entwicklungspolitische Solidarität anbelangt, blieb die SAP damit im untersuchten Zeitraum ihren historischen Wurzeln treu.

<sup>27</sup> Zum Zeitpunkt dieser Parlamentsäußerung waren Bildt und seine Kollegen zwar wieder in der Opposition, aber sie zeigt die Unterschiede zu der Position der Sozialdemokraten um Carlsson besonders gut auf.



nierten Indikatoren – die leicht solidarische Entwicklungspolitik betreiben. Die in Tabelle 2 ausgewiesenen Durchschnittswerte ergeben in drei der fünf Bereiche höhere Werte für die konservative Koalitionsregierung.

**Tabelle 2: Schwedische ODA, 1991-1994 und 1994-1998**

	Moderate Sammlungs- partei (1991-1994)	SAP (1994-1998)
ODA/GNI (Ø in %)	0,97	0,82
Zuschüsse/bilaterale ODA (Ø in %)	99,7	100,0
Ungebundene Hilfe/bilaterale ODA (Ø in %)	84,0	81,7
Hilfe an die LDCs/bilaterale ODA (Ø in %)	33,1	29,2
Multilaterale Hilfe/gesamte ODA (Ø in %)	26,8	29,8

Anmerkungen: Die Durchschnittswerte (arithmetischen Mittel) sind nach der Formel  $(x(t_1)+x(t_2)+\dots+x(t(n-1))+x(t_n))/n$  aus den gerundeten Werten in Tabelle A1 (im Anhang) berechnet worden, wobei gilt:  $t_i = i$ -tes Jahr eines Intervalls;  $i = 1,2,\dots,n$ ;  $n =$  Anzahl der Jahre;  $x(t_i) =$  Prozentzahl im  $i$ -ten Jahr. Wie in Tabelle A1 sind die Werte für den ersten Indikator auf zwei, für alle weiteren auf eine Nachkommastelle genau gerundet. Der Wert ‚100,0+‘ für Zuschüsse fließt als ‚100,0‘ in die Berechnung ein. Das Jahr des Regierungswechsels ist in den Durchschnittswerten beider Spalten enthalten. Das im Vergleich höhere arithmetische Mittel ist zur Veranschaulichung jeweils fett gesetzt.

Quelle: Eigene Berechnung, basierend auf den Jahresberichten der OECD (1993-2004) und abgeglichen mit Daten aus der Online-Datenbank OECD.Stat (siehe Tab. A1).

Insbesondere bei der relativen Höhe der ODA, dem ‚Königsindikator‘ der Entwicklungspolitikforschung, ist der Vorsprung der Moderaten am deutlichsten und verwunderlichsten. Die schwedischen Konservativen gaben Jahr für Jahr anteilig mehr Mittel für Entwicklungshilfe aus als die Sozialdemokraten in der folgenden Legislaturperiode. Im Untersuchungszeitraum wendeten die Moderaten unter Bildt nie weniger als 0,9 Prozent des GNI für Entwicklungshilfe auf. Kurz nach dem Regierungswechsel zeigt der Trend stark nach unten, denn die SAP erreichte nie mehr als 0,84 Prozent (1996). Vergleicht man diese Werte mit dem hehren Einprozentziel, an dem sich die schwedische Entwicklungspolitik seit 1962 (Regierungen 1962) unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung orientiert, schneiden beide Parteien eher schlecht ab. Die Moderaten erreichten dieses Ziel aber immerhin einmal (1992) und kamen ihm sonst nahe. Die Sozialdemokraten hatten sogar Schwierigkeiten, der niedrigeren UN-Empfehlung von 0,7 Prozent aus dem Jahre 1970 Folge zu leisten (siehe Tab. A1).

Unabhängig vom Handeln der Parteien muss noch ein Umstand bedacht werden, der das Niveau der schwedischen ODA in den 1990er Jahren maßgeblich beeinflusst haben dürfte. Gemeint ist die Wirtschaftskrise, die das Land 1992 erfasste und zu der (im Herbst 1992) von der damaligen bürgerlichen Regierung im Einklang mit der sozialdemokratischen Opposition getroffenen Vereinbarung (*krisuppgörelsen*) führte, die Ausgaben für die ODA um 1,5 Milliarden schwedische Kronen zurückzufahren. Beim

Auftreten einer Wirtschaftskrise kann generell erwartet werden, dass die Regierung die Ausgaben sowohl für den Haushaltsposten Entwicklungshilfe als auch in vielen anderen Bereichen kürzt. Aus einer liberalen Perspektive lässt sich im Speziellen folgendes Argument vertreten: Bei Mittelknappheit werden Zielkonflikte größer und innenpolitische Forderungen der von den Parteien vertretenen gesellschaftlichen Gruppen noch dominanter – mit der Folge, dass die Ausgaben für einen außenpolitischen Bereich, dem in der Öffentlichkeit ohnehin nur eine geringe Bedeutung beigemessen wird, von den Parteien in der Regierung tendenziell überproportional reduziert werden. Demzufolge ist eine Abnahme nicht nur des absoluten, sondern auch des relativen Anteils der ODA infolge einer Wirtschaftskrise wahrscheinlich.

Der Blick auf die absoluten Zahlen verrät aber auch, dass selbst nach der Erholung der schwedischen Wirtschaft um 1995 die ODA nicht wieder auf ihr altes Niveau anstieg. Mit anderen Worten: Die Ausgaben für die ODA stiegen in der Folge nicht in gleichem Maße an, wie die niedrigen Werte für die relative Höhe unter den sozialdemokratischen Regierungen Carlsson und Persson belegen. Trotz der wirtschaftlichen Erholung wurden die Ausgaben für Entwicklungshilfe unter der neuen Regierung 1995 nochmals gesenkt, und 1998 lag die schwedische ODA auf dem niedrigsten Stand im ganzen Untersuchungszeitraum überhaupt (siehe Tab. A1). Selbst in den folgenden fünf Jahren bis 2003 verblieb die schwedische ODA dauerhaft unter 0,85 Prozent (OECD 1996-2007). Damit kann man eine verspätete Anpassung im Sinne von *time lags* kaum für die Ausgabenzurückhaltung in Rechnung stellen, zumal die konservative Regierung Bildt zweifellos den schlimmsten ökonomischen Auswirkungen der Krise zu begegnen hatte und, wie die Daten nachweisen, nicht etwa die ihr nachfolgenden sozialdemokratischen Regierungen Carlsson und Persson.

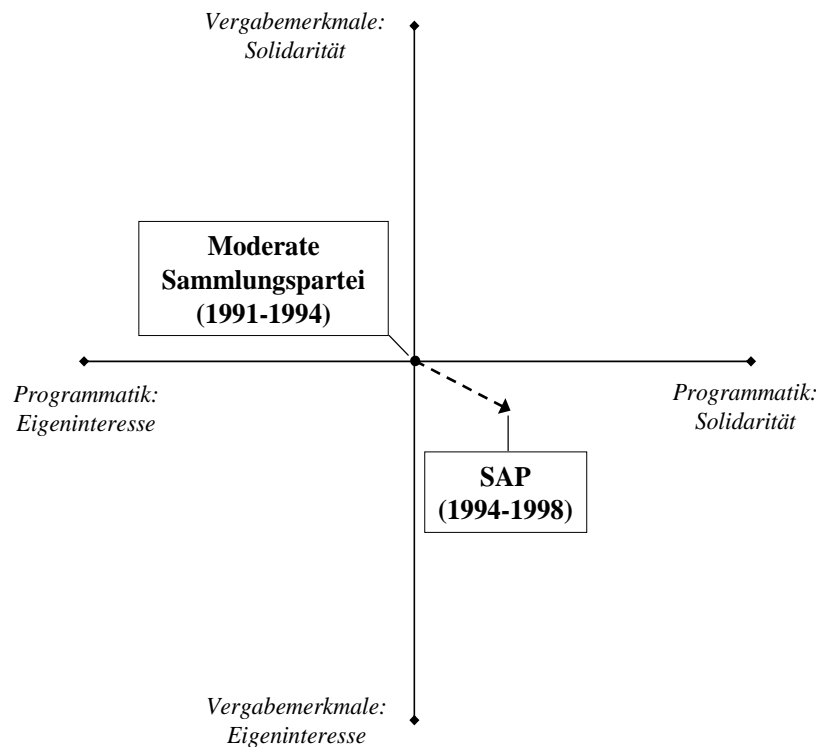
Im Rahmen dieser Untersuchung ist nicht endgültig zu klären, inwieweit die beschriebene Entwicklung durch ein von den Moderaten und der SAP gleichermaßen getragene Abkehr von höheren entwicklungspolitischen Zielvorstellungen (Randel/German 1998: 134) zusätzlich begünstigt oder durch gesellschaftlichen Druck (Laatikainen 1996: 14) forciert wurde. Fest steht jedenfalls, dass die relative Höhe der schwedischen ODA nach dem Regierungswechsel 1994 ein wesentlich niedrigeres Durchschnittsniveau erreichte als zuvor. Da die SAP als regierende Partei die Möglichkeit gehabt hätte, dem entgegenzuwirken, trug sie den Großteil der politischen Verantwortung für den Rückgang des ODA-Volumens – ganz gleich, in welchem Maße andere Parteien, zum Beispiel die Moderaten, diesen auch befürworteten. Der gesellschaftliche Druck dürfte sich zudem bei den vergleichsweise geringen Summen, die entwicklungspolitische Ausgaben am Gesamthaushalt ausmachen, in so engen Grenzen gehalten haben, dass eigene Prioritäten weiterhin durchsetzbar gewesen wären.

Auch die anderen vier Indikatoren sprechen entgegen der Erwartungen nicht eindeutig für ein höheres Maß entwicklungspolitischer Solidarität der schwedischen Sozialdemokraten. Während die SAP beim Zuschusselement und bei den Vergabekanälen bessere Werte erreichte, vergab die Moderate Sammlungspartei mehr ungebundene ODA und mehr ODA an die LDCs. In der Summe war die Vergabepolitik der Moderaten damit in drei der fünf Merkmale solidarischer ausgerichtet als die der SAP. Der Regierungswechsel von den Konservativen zu den Sozialdemokraten führte insgesamt zu einer gewissen Umgestaltung der Entwicklungspolitik in Richtung Eigeninteresse, die sich am stärksten in der Höhe der ODA im Verhältnis zum GNI bemerkbar machte.<sup>28</sup>

---

<sup>28</sup> Angemerkt sei noch, dass der Wechsel des Regierungschefs innerhalb der SAP wie erwartet keine nennenswerten Auswirkungen hatte. Bei der Auswertung sind in Übereinstimmung mit dem Forschungsdesign keine signifikanten Unterschiede zwischen der Regierung Carlsson und der seines Amtsnachfolgers Persson aufgetreten: Ausschlaggebend für die Veränderungen in der schwedischen Entwicklungspolitik waren nicht einzelne Personen, sondern die regierenden Parteien.

**Abbildung: 2 Die schwedische Entwicklungspolitik nach dem Regierungswechsel 1994**



Anmerkung: Da Solidarität und Eigeninteresse nur relativ im Sinne eines Mehr oder Weniger gemessen werden, ist die konservative Entwicklungspolitik als Ausgangspunkt im Ursprung dargestellt. Die Bewegung vom Ursprung weg (gestrichelter Pfeil) zeigt die kombinierte Veränderung beider Dimensionen infolge des Regierungswechsels im Jahre 1994.

Quelle: Eigene Darstellung.

Der Regierungswechsel 1994 war kein eindeutiger entwicklungspolitischer Richtungswechsel. Der Widerspruch zwischen solidarischer Rhetorik und weniger solidarischem Handeln ist bei der SAP offensichtlich, womit Hypothese 1 für den schwedischen Fall bestätigt, Hypothese 2 hingegen widerlegt ist (siehe Abb. 2). Ihre entwicklungspolitische Programmatik ließe sich auf den Nenner ‚Lasst uns noch solidarischer sein!‘ bringen, doch ihre faktische Vergabepolitik erfüllte diesen Anspruch nicht. Es blieb beim entwicklungspolitischen Hortativ.

## 5. Britische Entwicklungspolitik und der Regierungswechsel 1997: ‚Nie wieder *tied aid!*‘

### *Programmatik*

Die entwicklungspolitischen Vorstellungen der Conservative Party und der Labour Party liegen zum Teil weit auseinander. Erst eine Gegenüberstellung stellt das Ausmaß des infolge des Regierungswechsels im Jahre 1997 auftretenden programmatischen Bruches heraus, der sich in einer spürbar gestiegenen solidarischen Ausrichtung der britischen Entwicklungspolitik im Untersuchungszeitraum äußert. An drei zentralen Unterschieden zu der konservativen Regierung unter Premierminister John Major (1992-1997) macht sich die programmatische Wende der Labour-Regierung unter Tony Blair (1997-2001)<sup>29</sup> bemerkbar.

<sup>29</sup> Blair blieb bis Juni 2007 im Amt.

Erstens liegt der Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Programmatik der Labour Party weitaus stärker auf der Verringerung von Armut, wohingegen man für die Konservativen kaum von einem solchen Schwerpunkt sprechen kann. Die ungleiche Betonung der eigenen Verantwortung für ein globales Eintreten gegen Armut und Unterentwicklung erschließt sich bereits aus ausgewählten Passagen ihrer Wahlprogramme. Die Labour Party (1997, abgedruckt in Dale 2000: 381)<sup>30</sup> sieht darin eine politische Priorität: „Labour will also attach much higher priority to combating global poverty and underdevelopment. [...] we have a clear moral responsibility to help combat global poverty.“ Dagegen nehmen die entsprechenden Aussagen der Conservative Party (1992) einen allenfalls marginalen Platz in der Programmatik ein. Der Inhalt der beiden Weißbücher des neu geschaffenen Entwicklungsministeriums (*Department for International Development*, DFID) sowie der Äußerungen von Premier Tony Blair (1999) und Entwicklungshilfeministerin Clare Short (Short 1997: Col. 315; DFID 1997: 5) verstärken die Einschätzung, dass zwecks einer wirkungsvollen Armutsbekämpfung die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern gesucht wird. Dies knüpft programmatisch an die bereits früher in den Oppositionsjahren von der damaligen Entwicklungsministerin im ‚Schattenkabinet‘ der Labour Party, Ann Clwyd (1992: 101), angesprochenen „benefits for the poor“ als dem wesentlichen Zweck von Entwicklungspolitik an. Dabei steht speziell der ‚partnerschaftliche‘ Fokus in klarem Kontrast zu der entwicklungspolitischen Konzeption konservativer Politiker wie Shorts Vorgängerin Lynda Chalker, bei denen die Forderung nach höherer Effektivität von ODA als Allheilmittel eines „secure value for money“ (Chalker 1991; Chalker 1995: Cols. 695-696) gesehen und bilateraler Hilfe explizit der Vorzug gegenüber multilateraler gegeben wird (Chalker 1994: 243). Diese Haltung ist wiederum häufig mit Erwägungen zu *good governance* verwoben.

Zweitens setzte die Labour Party unter Blair einer althergebrachten Praxis, nämlich der Lieferbindung, ein Ende. Während die Konservativen an der 1977 (von einer Labour-Regierung) eingeführten und spätestens nach der sogenannten Pergau-Affäre<sup>31</sup> massiv umstrittenen *Aid and Trade Provision* (ATP) zur Förderung kommerzieller Interessen der heimischen Wirtschaft festhielten (Hurd 1994: Cols. 773-774; Lennox-Boyd 1996: Cols. 852-853),<sup>32</sup> beendete die neue Regierung dieses Programm mit Verweis auf den fehlenden Bezug zur gezielten Armutsreduktion (DFID 1997: 45). Nun verhält es sich beileibe nicht so, dass die Labour Party eigene Interessen in der Entwicklungspolitik völlig ausblendet. Auch ihre Repräsentanten sehen positive langfristige Effekte einer erfolgreichen Entwicklungspolitik auf die eigene Wohlfahrt, wie das zweite Weißbuch an verschiedenen Stellen belegt; auch sie sprechen in entwicklungspolitischen Zusammenhängen bisweilen von *secure value for money*, verknüpfen diese Formel und verwandte Begriffe aber im Unterschied zu konservativen Politikern unmissverständlich mit dem Vorhaben der globalen Armutsbekämpfung (Blair 2001: Col. 294). Eigene Interessen sind in das Vorhaben grenzüberschreitender Hilfe eingebettet und untrennbar mit ihm verbunden. So strich die Regierung Blair als Konsequenz aus

<sup>30</sup> Die Parteiprogramme beider Parteien von 1900 bis 1997 finden sich in den Sammelbänden Iain Dales (2000a, 2000b). Bei direkten Zitaten wird zur besseren Nachvollziehbarkeit die Seitenzahl daraus angegeben.

<sup>31</sup> Noch unter Premierministerin Margaret Thatcher war 1989 der Bau eines Damms am malaysischen Fluss Pergau ausgehandelt und dafür finanzielle Unterstützung von britischer Seite zugesagt worden. Zur Finanzierung des Projektes flossen insgesamt 234 Mio. £ von Großbritannien nach Malaysia, bis sich herausstellte, dass die Regierung des südostasiatischen Staates als Gegenleistung in etwa fünffachem Wert Waffen aus dem Vereinigten Königreich erworben hatte (Cumming 1996: 500; Crawford 2001: 256). Somit waren für Entwicklungsprojekte vorgesehene Mittel zur Subventionierung von Waffenlieferungen benutzt worden. Der britische *High Court* befand schließlich im November 1994, dass dieses Vorgehen gegen den *Overseas Development and Co-operation Act* verstoße. Die Affäre entwickelte sich zu einem Dauerbrenner in der britischen Presse (siehe z. B. Financial Times 1994, 1996; The Economist 1994a, 1994b; The Guardian 1994).

<sup>32</sup> Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass Ministerin Chalker (gemeinsam mit Handelsminister Tim Sainsbury) zu den regierungsinternen Kritikern des umstrittenen Projektes zählte (Barder 2005: 31).

der Pergau-Affäre der vorigen Legislaturperiode, wenngleich nach einigem Zögern, gebundene ODA zum 1. April 2001 ausnahmslos aus dem britischen ODA-Programm (DFID 2000: 94-95).<sup>33</sup>

Drittens wurde das Profil der britischen Entwicklungspolitik durch den Regierungswechsel insgesamt beachtlich geschärft. Vor allem die institutionelle Reform, bestehend aus der Einrichtung des vom Außenministerium (*Foreign and Commonwealth Office*, FCO) unabhängigen DFID und der Aufwertung der Entwicklungshilfeministerin zur Ministerin mit Kabinettsrang, unterstrich gleich zu Beginn der Legislaturperiode die neue Bedeutung der Entwicklungspolitik. Angesichts der wechsellvollen Geschichte mit strukturellen Veränderungen und Namensänderungen, auf die das Entwicklungshilfeministerium zurückblickte, stellte die organisatorische Trennung vom FCO keine wirkliche Neuerung dar. Die Regierung Blair vollzog faktisch eine Rückkehr zu dem Zustand unter der letzten Labour-Regierung vor dem Antritt der Thatcher-Regierung im Jahre 1979. Hierin drücken sich traditionell konkurrierende Konzeptionen beider Parteien aus, obgleich der formelle ministeriale Zuschnitt gleich welcher Art informelle Einflussnahme der einen oder anderen Seite nicht ausschließt.<sup>34</sup> Der Aufstieg Clare Short in die Kabinettsriege folgte ebenfalls einem traditionellen Muster, nach dem Entwicklungsministern in Labour-Regierungen Kabinettsrang zugestanden wird.<sup>35</sup> Darüber hinaus besteht eine sozialdemokratische Vorliebe für und eine konservative Abneigung gegen entwicklungspolitische Weißbücher. Die Weißbücher von 1997 und 2000, Nummer vier und fünf unter einer Labour-Regierung, zeugen davon, dass die Entwicklungspolitik nach dem Regierungswechsel als Politikfeld merklich an programmatischem Profil hinzugewann.<sup>36</sup> Die zwei nachstehenden Zitate kontrastieren die teils stark divergierenden entwicklungspolitischen Vorstellungen der beiden Parteien in überspitzter Form:

When it comes to aid, I sometimes wish that the Opposition [= Labour and other parties, Anm. d. Verf.] would recognise that self-interest is no bad thing. [...] Of course it is not a primary objective of our aid programme, but I believe that it must be given greater emphasis. [...] The British aid programme is a good programme because it is targeted largely at the poorest countries; I do not wish to see that change. However, I am a strong supporter of the aid and trade provision and I believe that everything about that concept should be encouraged (Lennox-Boyd 1996: Col. 852).

The present British Government was elected on 1 May 1997 on a renewed commitment to the principles of social justice [...]. What we want for our children, we want for all children. These principles form the basis of our international as well as our national policies. The Government has already made clear its commitment to human rights and a more ethical foreign policy (DFID 1997: 16).

### *Vergabemerkmale*

Erneut sind die Veränderungen nach dem Regierungswechsel bei den quantitativen Indikatoren weniger markant als die programmatischen Verschiebungen. Die Auswertung der OECD-Daten nach einzelnen

---

<sup>33</sup> Zunächst hatte sich die Labour Party insofern ein Hintertürchen offen gelassen, als *mixed credits* in Verbindung mit Finanzmitteln aus privaten Quellen erlaubt blieben. Nicht ohne Ironie bemerkt Oliver Morrissey (1998) daher: „ATP Is Dead: Long Live Mixed Credits“.

<sup>34</sup> „Developmental considerations were more likely to be subordinated when the department came formally under the responsibility of the Foreign Secretary, although the contrasts between the two situations were not in practice as dramatic as might have been expected. Even when part of the FCO, the department had considerable latitude in pursuing developmental goals, just as, when independent, it has been far from immune to the influence of foreign policy considerations“ (Killick 2005: 669).

<sup>35</sup> Mit Ausnahme einer kurzen Phase von 1967 bis 1970 hatten seit der Einrichtung des *Ministry of Overseas Development* im Jahre 1964 alle Labour-Entwicklungsminister Kabinettsrang. Unter einer konservativen Regierung besaß kein einziger Entwicklungsminister diesen Status; der Außenminister übernahm die Vertretung im Kabinett (Killick 2005: 670). Jene institutionellen Veränderungen waren nicht zuletzt in der innerhalb der Labour Party vorherrschenden Skepsis gegenüber dem FCO begründet (Theakston 2000: 113).

<sup>36</sup> Ein vergleichbares Dokument ist unter einer konservativen Regierung bis dato nicht erschienen (Barder 2005: 7-11; Killick 2005: 670).

Intervallen ergibt gemischte Ergebnisse: Weder die Vergabepolitik der Conservative Party von 1992 bis 1997 noch der Labour Party von 1997 bis 2001 ist einheitlich von Solidarität oder Eigeninteresse geprägt. Wie schon im schwedischen Fall sind es aber die Konservativen, deren Vergabepolitik leicht solidarischen Charakter hat. Die in Tabelle 3 ausgewiesenen Durchschnittswerte ergeben in drei der fünf Bereiche höhere Werte für die Conservative Party.

**Tabelle 3: Britische ODA, 1992-1997 und 1997-2001**

	Conservative Party (1992-1997)	Labour Party (1997-2001)
ODA/GNI (Ø in %)	0,29	0,28
Zuschüsse/bilaterale ODA (Ø in %)	99,5	96,8
Ungebundene Hilfe/bilaterale ODA (Ø in %)	59,7	85,7
Hilfe an die LDCs/bilaterale ODA (Ø in %)	31,3	33,4
Multilaterale Hilfe/gesamte ODA (Ø in %)	45,5	40,8

Anmerkungen: Die Durchschnittswerte (arithmetischen Mittel) sind nach der Formel  $(x(t_1)+x(t_2)+\dots+x(t_{n-1})+x(t_n))/n$  aus den gerundeten Werten in Tabelle A2 (im Anhang) berechnet worden, wobei gilt:  $t_i = i$ -tes Jahr eines Intervalls;  $i = 1, 2, \dots, n$ ;  $n =$  Anzahl der Jahre;  $x(t_i) =$  Prozentzahl im  $i$ -ten Jahr. Wie in Tabelle A2 sind die Werte für den ersten Indikator auf zwei, für alle weiteren auf eine Nachkommastelle genau gerundet. Der Wert ,100,0+‘ für Zuschüsse fließt als ,100,0‘ in die Berechnung ein. Das Jahr des Regierungswechsels ist in den Durchschnittswerten beider Spalten enthalten. Das im Vergleich höhere arithmetische Mittel ist zur Veranschaulichung jeweils fett gesetzt.

Quelle: Eigene Berechnung, basierend auf den Jahresberichten der OECD (1994-2007) und abgeglichen mit Daten aus der Online-Datenbank OECD.Stat (siehe Tab. A2).

Wie im schwedischen Fall übertreffen die britischen Konservativen ihre Nachfolger bei der relativen Höhe der ODA, wenngleich in diesem Fall nur marginal. Allerdings ist gegen Ende von Blairs erster Amtszeit ein deutlicher relativer wie absoluter Anstieg zu verzeichnen. Anfängliche Versäumnisse wurden so rasch nachgeholt:

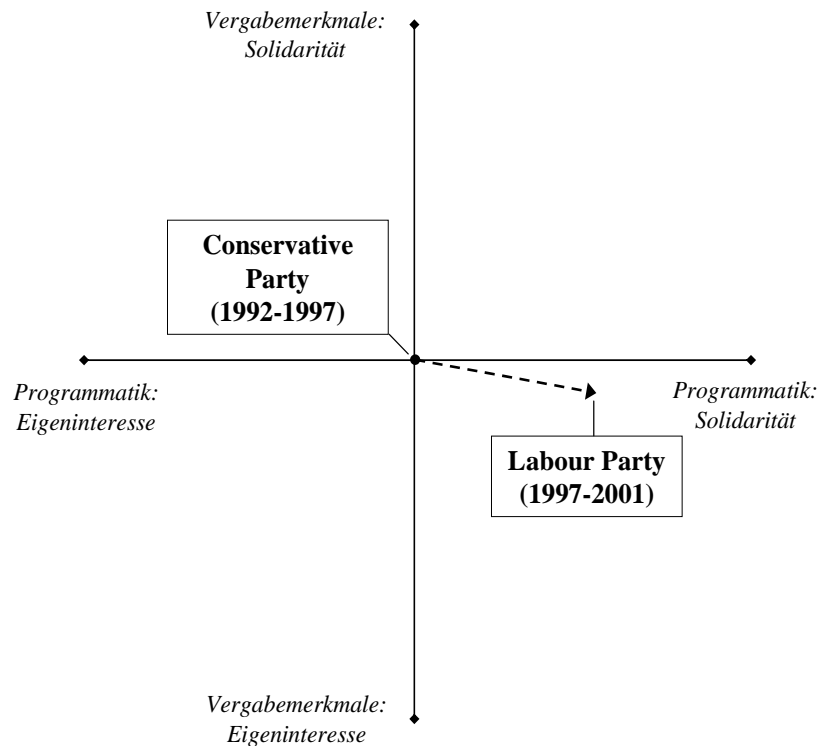
In fact, the decision of the incoming Labour government of 1997 to stick for two years with the announced spending allocations of its predecessor meant that it was not until the end of the 1990s that the aid budget was able to begin a period of rapid real growth [...] (Killick 2005: 673).

Dieser späte Anstieg bei der ODA darf dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass gleich dem schwedischen Fall die anderen vier Indikatoren keine eindeutige Aussage zulassen: Beim Zuschusselement und den Vergabekanälen zeigt sich Majors Conservative Party solidarischer, bei der Lieferbindung und dem ODA-Anteil für die ärmsten Länder hingegen Blairs Labour Party. Der Regierungswechsel von den Konservativen zu den Sozialdemokraten löste in Großbritannien demnach ähnlich wie in Schweden eine tendenzielle Neujustierung der Entwicklungspolitik in Richtung Eigeninteresse aus.

Allerdings ist es dringend geboten, gegenüber dem Ergebnis im schwedischen Fall zu differenzieren. Zum einen fiel die festgestellte Veränderung beim Volumen der ODA von 0,29 zu 0,28 Prozent des GNI denkbar gering aus – zumal vor dem Hintergrund, dass die Labour Party in den Jahren 2000 und 2001, die so etwas wie einen entwicklungspolitischen Neubeginn markierten, einen wesentlich solidarischeren entwicklungspolitischen Kurs einschlug. Die Aufwertung der Entwicklungspolitik kam, so eindeutig und wegweisend sie war, zu spät, als dass die Sozialdemokraten die Konservativen im betrachteten Zeitraum, der aus methodischen Gründen nicht über 2001 hinausreicht, noch an Solidarität hätten übertrumpfen können.

Zum anderen ist in Betracht zu ziehen, wie sehr die britischen Sozialdemokraten nach dem Regierungswechsel bei der Lieferbindung neue Maßstäbe setzten. Gewiss profitierten sie nicht unerheblich von der Vorarbeit der Konservativen, die den Bedeutungsverlust gebundener ODA unter Major vorangetrieben hatten; noch einen Schritt weitergehend, erklärte die Labour-Regierung die Bindung von Entwicklungshilfe schließlich endgültig zum entwicklungspolitischen Tabu. Das Verbot gebundener Hilfe trat erst mit dem 1. April 2001, also ganz am Ende des hier betrachteten Intervalls, in Kraft, wodurch die Werte für die Labour Party noch recht gering ausfallen. Seit dem Jahr 2002 ist britische ODA komplett ungebunden (OECD 2004-2009). Neben dem Langfristtrend spricht aber allein die frappierende Differenz zwischen den Durchschnittswerten für ungebundene ODA im Untersuchungszeitraum für einen neuen solidarischen Akzent ab 1997. Daher kann man allenfalls von einer marginalen Neujustierung der Vergabepolitik in Richtung Eigeninteresse sprechen.

**Abbildung 3: Die britische Entwicklungspolitik nach dem Regierungswechsel 1997**



Anmerkung: Da Solidarität und Eigeninteresse nur relativ im Sinne eines Mehr oder Weniger gemessen werden, ist die konservative Entwicklungspolitik als Ausgangspunkt im Ursprung dargestellt. Die Bewegung vom Ursprung weg (gestrichelter Pfeil) zeigt die kombinierte Veränderung beider Dimensionen infolge des Regierungswechsels im Jahre 1997.

Quelle: Eigene Darstellung.

Auch der Regierungswechsel in Großbritannien war kein eindeutiger entwicklungspolitischer Richtungswechsel. Wie im schwedischen Fall lässt sich Hypothese 1 von einer programmatisch stärker ausgeprägten Solidarität bei der Labour Party bestätigen. Was die Vergabemerkmale der britischen ODA, also Hypothese 2, betrifft, ist der Gesamtbefund uneindeutig, obgleich die konservative Regierung in drei Kategorien eine solidarischere Entwicklungspolitik betrieb als die ihr folgende Labour-Regierung (siehe Abb. 3). Als größtes entwicklungspolitisches Verdienst der neuen Regierung hat dessen ungeachtet die Umsetzung des Mottos ‚Nie wieder *tied aid!*‘ zu gelten. Aus dem Imperativ wurde entwicklungspolitische Realität.

## 6. Fazit

Wer eindeutige Forschungsergebnisse bevorzugt, wird von dem Befund dieser Untersuchung enttäuscht sein. Wer hingegen Freude am Detail and an den kleinen Widersprüchen der politischen Realität hat, dürfte zumindest ein wenig überrascht sein. So lautet das ambivalente Fazit: *Parties do matter in foreign aid policy, but not always as one would expect.* Im schwedischen wie im britischen Fall führte der Regierungswechsel von einer konservativen zu einer sozialdemokratischen Partei zu einer programmatischen Aufwertung der Entwicklungspolitik. Jedoch übertrug sich diese programmatisch höhere Solidarität in keinem der beiden Fälle unvermittelt in eine solidarischere Vergabepolitik, gemessen an einem Katalog von fünf quantitativen ODA-Indikatoren. Obwohl das verwendete Forschungsdesign natürlich nicht frei



von Schwächen ist,<sup>37</sup> hat diese Untersuchung damit frühere Studien – insbesondere von Thérien und Noël – entscheidend modifiziert.

Die Untersuchungsergebnisse haben drei wesentliche Implikationen. In empirischer Hinsicht erscheint es wünschenswert, die gewonnenen Ergebnisse, die durch ein gegenüber anderen Studien erweitertes Forschungsdesign gewonnen worden sind, anhand weiterer Fälle zu überprüfen. In theoretischer Hinsicht erscheint es sinnvoll, den Einfluss von Regierungsparteien auf Entwicklungspolitik stärker in den Blick zu nehmen und besser zu konzeptionalisieren, als dies bisher geschehen ist. In normativer Hinsicht erscheint es geboten, etwaige Verweise – nicht zuletzt von Parteiakteuren selbst – auf das ‚technische‘ Wesen von Entwicklungshilfe kritisch zu hinterfragen, weil wie in jedem scheinbar rein technischen Politikfeld auch hier (über Parteien vermittelte) Unterschiede den Kern von Politik ausmachen.

Die vielfach suggerierte Konfliktfreiheit in der Entwicklungspolitik ist ein Mythos. Die vorangegangene Analyse ist als Absage an all jene zu verstehen, die noch immer an einen parteiübergreifenden Konsens in diesem Politikfeld glauben. Gewiss existieren inhaltliche Übereinstimmungen zwischen verschiedenen Parteien. Gewiss finden solidarische Argumente zu den Bedürfnissen der Empfänger im politischen Prozess nicht permanent Gehör: „In donor countries aid policy is determined within a policy-making process where development interests and objectives are weak relative to donor self-interests“ (Morrissey 1998: 248). Aber offenkundig schwankt die relative Bedeutung von Solidarität und Eigeninteresse in der Entwicklungspolitik je nach Regierungspartei. In programmatischer Hinsicht tun sich zum Teil große Brüche auf; die Vergabe der ODA infolge eines Regierungswechsels deckt Akzentverschiebungen auf. Die abschließende Botschaft dieser Untersuchung ist folglich, dass auch in der Entwicklungspolitik die von anderen Politikfeldern her bekannten Auseinandersetzungen zwischen Parteien ausgetragen werden – oder um es mit Ann Clwyd (Clwyd 1992: 95), die nicht vom ‚Schattenkabinett‘ der Labour Party von 1992 in die Regierungsmannschaft von 1997 aufstieg, zu sagen: „[...] [P]eople so often claim [...] that overseas development is a cosy bi-partisan issue. It is not.“

---

<sup>37</sup> Zu fünf möglichen theoretisch-methodischen Problemen, zu denen unter anderem die schwierige Zurechenbarkeit von Veränderungen direkt nach einem Regierungswechsel zählt, siehe Kranke (2007: Kap. 5.2).

## Literaturverzeichnis

- Adloff, Frank/Mau, Steffen (2005b): Zur Theorie der Gabe und Reziprozität, in: Frank Adloff/Steffen Mau (Hrsg.): *Vom Geben und Nehmen: Zur Soziologie der Reziprozität*, 9-57. Frankfurt a.M.: Campus.
- Adloff, Frank/Mau, Steffen (Hrsg.) (2005a): *Vom Geben und Nehmen: Zur Soziologie der Reziprozität*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Alesina, Alberto (1987): Macroeconomic Policy in a Two-Party System as a Repeated Game, in: *The Quarterly Journal of Economics* 102(3):651-678.
- Alesina, Alberto (1989): Politics and business cycles in industrial democracies, in: *Economic Policy* 4(8):55-98.
- Alesina, Alberto/Dollar, David (2000): Who Gives Foreign Aid to Whom and Why?, in: *Journal of Economic Growth* 5(1):33-63.
- Alt, James E. (1985): Political Parties, World Demand, and Unemployment: Domestic and International Sources of Economic Activity, in: *The American Political Science Review* 79(4):1016-1040.
- Barder, Owen (2005): Reforming Development Assistance: Lessons from the UK Experience. CGD Working Paper No. 70 (October 2005). Washington, DC: Center for Global Development.  
<<http://www.cgdev.org/content/publications/detail/4371>> [10.10.2007].
- Bell, Daniel (1960): *The End of Ideology: On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*. Glencoe, IL: Free Press of Glencoe.
- Bergman, Annika (2005): The Domestic Construction of Nordic Foreign Policy: The Case of Global Welfare and Solidarity. Paper presented at the 2005 ISA Annual Convention, March 1-5, Honolulu, HI: International Studies Association.  
<[http://www.allacademic.com/meta/p69931\\_index.html](http://www.allacademic.com/meta/p69931_index.html)> [16.05.2010].
- Bergman, Annika (2006): Adjacent Internationalism: The Concept of Solidarity and Post-Cold War Nordic-Baltic Relations, in: *Cooperation and Conflict* 41(1):73-97.
- Bergman, Annika (2007): Co-Constitution of Domestic and International Welfare Obligations: The Case of Sweden's Social Democratically Inspired Internationalism, in: *Cooperation and Conflict* 42(1):73-99.
- Berthélemy, Jean-Claude (2006a): Aid allocation: Comparing donors' behaviours, in: *Swedish Economic Policy Review* 13(2):75-109.
- Berthélemy, Jean-Claude (2006b): Bilateral Donors' Interest vs. Recipients' Development Motives in Aid Allocation: Do All Donors Behave the Same?, in: *Review of Development Economics* 10(2):179-194.
- Bildt, Carl et al. (1995): Biståndspolitiken. Motion till riksdagen 1994/95:U203, 19. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GI02U203&rm=1994/95&bet=U203](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GI02U203&rm=1994/95&bet=U203)> [10.10.2007].
- Blair, Tony (1999): Doctrine of the International community Prime Minister's speech at the Economic Club, Chicago, 24. April. London: Prime Minister's Office.  
<<http://www.number10.gov.uk/output/Page1297.asp>> [13.10.2007].
- Blair, Tony (2001): Commons Hansard. 6th Series, Vol. 364, Col. 294, 7. März. London: House of Commons.  
<[http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200001/cmhansrd/vo010307/debtext/10307-04.htm#10307-04\\_spm9](http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200001/cmhansrd/vo010307/debtext/10307-04.htm#10307-04_spm9)> [24.10.2007].
- Bobbio, Norberto (1996): *Left and Right: The Significance of a Political Distinction*. Cambridge: Polity Press.
- Bourdieu, P. (1979): Symbolic Power, in: *Critique of Anthropology* 4:77-85.

- Breuning, Marijke (1994): Why give foreign aid? Decision maker perceptions of the benefits to the donor state, in: *Acta Politica* 29(2):121-145.
- Breuning, Marijke (1995): Words and Deeds: Foreign Assistance Rhetoric and Policy Behavior in the Netherlands, Belgium, and the United Kingdom, in: *International Studies Quarterly* 39(2):235-254.
- Breuning, Marijke/Ishiyama, John T. (2003): Donor Characteristics and the Dispersion of Foreign Assistance, in: *International Politics* 40(2):249-268.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Smith, Alastair (2009): A Political Economy of Aid, in: *International Organization* 63(2):309-340.
- Burnell, Peter J. (1997): *Foreign Aid in a Changing World*. Buckingham: Open University Press.
- Carlsson, Ingvar et al. (1992): Internationellt utvecklingsamarbete. Motion till riksdagen 1991/92:U202, 20. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GF02U202&rm=1991/92&bet=U202](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GF02U202&rm=1991/92&bet=U202)> [10.10.2007].
- Carlsson, Ingvar et al. (1993a): De fattigas rätt. Motion till riksdagen 1992/93:U250, 25. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GG02U250&rm=1992/93&bet=U250](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GG02U250&rm=1992/93&bet=U250)> [10.10.2007].
- Carlsson, Ingvar et al. (1993b): Solidaritet och säkerhet för en ny värld. Motion till riksdagen 1992/93:U409, 25. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GG02U409&rm=1992/93&bet=U409](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GG02U409&rm=1992/93&bet=U409)> [10.10.2007].
- Carlsson, Ingvar et al. (1994): Biståndspolitik för en gemensam framtid. Motion till riksdagen 1993/94:U212, 24. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GH02U212&rm=1993/94&bet=U212](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GH02U212&rm=1993/94&bet=U212)> [10.10.2007].
- Carlsson, Jerker (1998): Swedish Aid for Poverty Reduction: A History of Policy and Practice. ODI Working Paper 107 (April 1998). London: Overseas Development Institute.
- Castles, Francis G. (1982): Introduction: Politics and Public Policy, in: Francis G. Castles (Hrsg.): *The Impact of Parties: Politics and Policies in Democratic Capitalist States*, 1-18. London: SAGE Publications.
- Chalker, Lynda (1991): Giving aid to the Third World, with strings attached, in: *The Sunday Times*, 18. August.
- Chalker, Lynda (Baroness of Wallasey) (1994): Britain's Approach to Multilateral Aid, in: *Development Policy Review* 12(3):243-250.
- Chalker, Lynda (Baroness of Wallasey) (1995): Lords Hansard. 5th Series, Vol. 567, Part 10, Cols. 695-697. 30. November. London: House of Lords.  
<[http://www.publications.parliament.uk/pa/ld199596/ldhansrd/v0951130/text/51130-02.htm#51130-02\\_head0](http://www.publications.parliament.uk/pa/ld199596/ldhansrd/v0951130/text/51130-02.htm#51130-02_head0)> [24.10.2007].
- Clwyd, Ann (1992): The Labour Party Policy on Overseas Development, in: *Journal of International Development* 4(1):94-102.
- Conservative Party (1992): The Best Future for Britain. Conservative Party General Election Manifesto 1992. London: Conservative Party.
- Crawford, Gordon (2001): *Foreign Aid and Political Reform: A Comparative Analysis of Democracy Assistance and Political Conditionality*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave.
- Cumming, Gordon D. (1996): British aid to Africa: a changing agenda?, in: *Third World Quarterly* 17(3):487-501.
- Dale, Iain (Hrsg.) (2000a): *Conservative Party General Election Manifestos, 1900-1997*. London: Routledge.

- Dale, Iain (Hrsg.) (2000b): *Labour Party General Election Manifestos, 1900–1997*. London: Routledge.
- Danielson, Anders/Wohlgemuth, Lennart (2005): Swedish Development Co-operation in Perspective, in: Paul Hoebink/Olav Stokke (Hrsg.): *Perspectives on European Development Co-operation: Policy and performance of individual donor countries and the EU*, 518-545. London: Routledge.
- Daudin, Guillaume/Ventelou, Bruno (2003): Aide au développement. Sommes-nous plus ou moins solidaires ?, in: *Revue de l'OFCE* 85:299-310.
- DFID (1997): *Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century*. White Paper on International Development (Cm 3789). London: Department for International Development.  
<<http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/whitepaper1997.pdf>> [04.10.2007].
- DFID (2000): *Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor*. White Paper on International Development (Cm 5006). London: Department for International Development.  
<<http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/whitepaper2000.pdf>> [04.10.2007].
- Driver, Stephen/Martell, Luke (2000): Left, Right and the third way, in: *Policy & Politics* 28(2):147-161.
- Dudley, Leonard/Montmarquette, Claude (1976): A Model of the Supply of Bilateral Foreign Aid, in: *The American Economic Review* 66(1):132-142.
- Elgström, Ole (1990): Socialdemokratin och den internationella solidariteten, in: Bo Hult/Klaus Misgeld (Hrsg.): *Socialdemokratin och svensk utrikespolitik: från Branting till Palme*, 143-157. Stockholm: Utrikespolitiska institutet.
- Elgström, Ole (2000): Lomé and Post-Lomé: Asymmetric Negotiations and the Impact of Norms, in: *European Foreign Affairs Review* 5(2):175-195.
- Financial Times* (1994): Hurd broke law over Pergau aid, High Court says: Pounds 234m allocation for Malaysian dam project was 'fatally flawed'. 11. November, 1.
- Financial Times* (1996): Trade and aid. 2. September, 19.
- Folz, Rachel/Musekamp, Simon/Schieder, Siegfried (2005): Entwicklungspolitik unter fremden Freunden? Das solidarische Handeln der EU-Staaten Frankreich und Schweden gegenüber den AKP-Staaten. Beitrag für die DVPW-IB-Sektionstagung, 6.-8. Oktober, Mannheim: Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft.
- Folz, Rachel/Musekamp, Simon/Schieder, Siegfried (2006): Zur Konstruktion europäischer Sonderbeziehungen: Die deutsche und französische Debatte über Osteuropa und den AKP-Raum. Beitrag für die SFB-Synthesetagung, 9.-11. November, Trier: Universität Trier, SFB 600.
- Folz, Rachel/Musekamp, Simon/Schieder, Siegfried (2007): Solidarität durch Inklusion und Exklusion: Frankreich, Deutschland und Schweden in der EU-AKP-Entwicklungspartnerschaft. Beitrag für die Tagung „Solidarität und Gemeinschaftsbildung in den Internationalen Beziehungen“, 25.-27. September, Trier: Universität Trier, SFB 600.  
<<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/SFB600/SFB600-Folz-Musekamp-Schieder.pdf>> [17.11.2007].
- Forwood, Genevra (2001): The Road to Cotonou: Negotiating a Successor to Lomé, in: *Journal of Common Market Studies* 39(3):423-442.
- Freire, André (2006): Bringing Social Identities Back In: The Social Anchors of Left–Right Orientation in Western Europe, in: *International Political Science Review* 27(4):359-378.
- Gennser, Margit (1992): Biståndspolitik. Motion till riksdagen 1991/92:U229, 26. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GF02U229&rm=1991/92&bet=U229](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GF02U229&rm=1991/92&bet=U229)> [13.10.2007].

- Girrbach, Bernd et al. (2002): Bilateral, multilateral, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt: Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*, 107-108. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Hattori, Tomohisa (2001): Reconceptualizing Foreign Aid, in: *Review of International Political Economy* 8(4):633-660.
- Hattori, Tomohisa (2003): The moral politics of foreign aid, in: *Review of International Studies* 29(2):229-247.
- Hegeland, Hugo/Fridolfsson, Filip (1993): Ökat bundet u-landsbistånd. Motion till riksdagen 1992/93:U202, 15. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GG02U202&rm=1992/93&bet=U202](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GG02U202&rm=1992/93&bet=U202)> [13.10.2007].
- Heppling, Sixten (1958): Solidaritet över gränserna, in: *Fackförenings-rörelsen* 38(14-15):301-307.
- Hibbs, Douglas A., Jr. (1977): Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *The American Political Science Review* 71(4):1467-1487.
- Hibbs, Douglas A., Jr. (1987): *The Political Economy of Industrial Democracies*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Hibbs, Douglas A., Jr. (1992): Partisan theory after fifteen years, in: *European Journal of Political Economy* 8(3):361-373.
- Hilsman, Roger (1959): The foreign-policy consensus: an interim research report, in: *Journal of Conflict Resolution* 3(4):361-382.
- Hjertholm, Peter/White, Howard (2000a): Foreign aid in historical perspective: Backgrounds and trends, in: Finn Tarp (Hrsg.): *Foreign Aid and Development: Lessons learnt and directions for the future*, 80-102. London: Routledge.
- Hjertholm, Peter/White, Howard (2000b): Survey of Foreign Aid: History, Trends and Allocation. Discussion Paper 00-04. Copenhagen: University of Copenhagen, Department of Economics.  
<<http://www.econ.ku.dk/Research/Publications/pink/2000/0004.pdf>> [10.08.2007].
- Hook, Steven W. (1995): *National Interest and Foreign Aid*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Hout, Wil (1991): European development aid: a cross-national analysis of competing explanations, in: *Acta Politica* 26(4):471-484.
- Hurd, Douglas (1994): Commons Hansard. 6th Series, Vol. 251, Cols. 773-774, 13. Dezember. London: House of Commons.  
<<http://www.publications.parliament.uk/pa/cm199495/cmhansrd/1994-12-13/Debate-1.html>> [24.10.2007].
- Imbeau, Louis M. (1988): Aid and ideology, in: *European Journal of Political Research* 16(1):3-27.
- Imbeau, Louis M. (1989): *Donor Aid – The Determinants of Development Allocations to Third World Countries: A Comparative Analysis*. New York: Lang.
- Imbeau, Louis M. (1994): 'End of Ideology' or 'Politics Matters'? Two Competing Hypotheses in the Comparative Public Policy Literature, in: *History of European Ideas* 19(4-6):683-689.
- Imbeau, Louis M./Pétry, François/Lamari, Moktar (2001): Left-right party ideology and government policies: A meta-analysis, in: *European Journal of Political Research* 40(1):1-29.
- Killick, Tony (2005): Policy Autonomy and the History of British Aid to Africa, in: *Development Policy Review* 23(6):665-681.
- Klingemann, Hans-Dieter/Hofferbert, Richard I./Budge, Ian (1994): *Parties, Policies, and Democracy*. Boulder, CO: Westview Press.
- Komter, Aafke E. (Hrsg.) (1996): *The Gift: An Interdisciplinary Perspective*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Kranke, Matthias (2007): *Do Parties Matter? Schwedische und britische Entwicklungspolitik zwischen „Solidarität“ und „Eigeninteresse“*. Trier: Universität Trier, Magisterarbeit.

- <[http://www.sfb600.uni-trier.de/filebase/B8/Magisterarbeit\\_Matthias%20Kranke.pdf](http://www.sfb600.uni-trier.de/filebase/B8/Magisterarbeit_Matthias%20Kranke.pdf)>, [16.05.2010].
- Kranke, Matthias (2009): Left, Right and a Bridge: On the Ongoing Relevance of Political Parties, in: *A Different View* 30:6-12.
- Laatikainen, Katie V. (1996): The Disillusionment of Nordic Aid, in: Steven W. Hook (Hrsg.): *Foreign Aid toward the Millennium*, 108-124. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Labour Party (1997): New Labour: because Britain deserves better. Election Manifesto. London: Labour Party General Election Manifesto 1997.
- Laponce, Jean A. (1981): *Left and Right: The Topography of Political Perceptions*. Toronto: University of Toronto Press.
- Lawler, Peter (1997): Scandinavian Exceptionalism and European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 35(4):565-594.
- Lebovic, James H. (2005): Donor Positioning: Development Assistance from the U.S., Japan, France, Germany, and Britain, in: *Political Research Quarterly* 58(1):119-126.
- Lennox-Boyd, Mark (1996): Commons Hansard. 6th Series, Vol. 270, Cols. 852-853, 30. Januar. London: House of Commons.  
<[http://www.publications.parliament.uk/pa/cm199596/cmhansrd/vo960130/debtext/60130-25.htm#60130-25\\_spnew3](http://www.publications.parliament.uk/pa/cm199596/cmhansrd/vo960130/debtext/60130-25.htm#60130-25_spnew3)> [25.10.2007].
- Lipset, Seymour M. (1963): *Political Man: The Social Bases of Politics*. New York: Anchor Books.
- Lumsdaine, David H. (1993): *Moral Vision in International Politics: The Foreign Aid Regime, 1949-1989*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Maizels, Alfred/Nissanke, Machiko K. (1984): Motivations for Aid to Developing Countries, in: *World Development* 12(9):879-900.
- Mauss, Marcel (1990 [1923/24]): *Die Gabe: Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- McKinlay, R. D. (1978): The German Aid Relationship: A Test of the Recipient Need and the Donor Interest Models of the Distribution of German Bilateral Aid 1961-70, in: *European Journal of Political Research* 6(3):235-257.
- McKinlay, R. D. (1979): The Aid Relationship: A Foreign Policy Model and Interpretation of the Distributions of Official Bilateral Economic Aid of the United States, the United Kingdom, France, and Germany, 1960-1970, in: *Comparative Political Studies* 11(4):411-463.
- McKinlay, R. D./Little, R. (1977): A Foreign Policy Model of U.S. Bilateral Aid Allocation, in: *World Politics* 30(1):58-86.
- McKinlay, R. D./Little, R. (1978a): A Foreign-Policy Model of the Distribution of British Bilateral Aid, 1960-70, in: *British Journal of Political Science* 8(3):313-331.
- McKinlay, R. D./Little, R. (1978b): The French Aid Relationship: A Foreign Policy Model of the Distribution of French Bilateral Aid, 1964-70, in: *Development and Change* 9(3):459-478.
- McKinlay, R. D./Little, R. (1979): The US Aid Relationship: A Test of the Recipient Need and Donor Interest Models, in: *Political Studies* 27(2):236-250.
- Milner, Helen V. (2006): Why multilateralism? Foreign aid and domestic principal-agent problems, in: Darren G. Hawkins et al. (Hrsg.): *Delegation and Agency in International Organizations*, 107-139. Cambridge: Cambridge University Press.
- Moderaterna (1978): Idéprogram. Stockholm: Moderata Samlingspartiet.
- Moderaterna (1984): Handlingsprogram. Stockholm: Moderata Samlingspartiet.
- Moderaterna (1991): Framtidens idéer: Det bästa för Sverige. Valmanifest 1991. Stockholm: Moderata Samlingspartiet.
- Moderaterna (1993): Handlingsprogram. Stockholm: Moderata Samlingspartiet.
- Moderaterna (1994): Framtidens idéer - Det bästa för Sverige. Valmanifest 1994. Stockholm: Moderata Samlingspartiet.

- Moravcsik, Andrew (1997): Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization* 51(4):513-553.
- Morrissey, Oliver (1998): ATP Is Dead: Long Live Mixed Credits, in: *Journal of International Development* 10(2):247-255.
- Narizny, Kevin (2003a): Both Guns and Butter, or Neither: Class Interests in the Political Economy of Rearmament, in: *The American Political Science Review* 97(2):203-220.
- Narizny, Kevin (2003b): Rational Idealism: The Political Economy of Internationalism in the United States and Great Britain, 1870–1945, in: *Security Studies* 12(3):1-39.
- Nihlgård, Martin (1996): *Mot en ny biståndspolitik? En studie av förändringar i demokratiseringsmålet i svensk biståndspolitik*. Lund: Statsvetenskapliga institutionen.
- Noël, Alain (2006): The New Global Politics of Poverty, in: *Global Social Policy* 6(3):304-333.
- Noël, Alain/Thérien, Jean-Philippe (1995): From domestic to international justice: the welfare state and foreign aid, in: *International Organization* 49(3):523-553.
- Noël, Alain/Thérien, Jean-Philippe (2002): Public Opinion and Global Justice, in: *Comparative Political Studies* 35(6):631-656.
- Nohlen, Dieter (2002a): Lieferbindung, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt: Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*, 523. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Nohlen, Dieter (2002b): Zuschusselement, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt: Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*, 909. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Nuscheler, Franz (2006): Entwicklungspolitik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- OECD (1993-2010): OECD Journal on Development: Development Co-operation Report. Jahresberichte 1992-2009, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development [parallel und ergänzend verwendet: Online-Datenbank OECD.Stat, abrufbar unter <[http://www.oecd.org/document/33/0,2340,en\\_2649\\_34447\\_36661793\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/33/0,2340,en_2649_34447_36661793_1_1_1_1,00.html)>; Name der Jahresberichte im Laufe der Zeit mehrfach von der OECD geändert].
- OECD (1996): Sweden. Development Co-operation Review Series No. 19. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- Persson, Bertil (1993): U-landsbiståndet. Motion till riksdagen 1992/93:U232, 25. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GG02U232&rm=1992/93&bet=U232](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GG02U232&rm=1992/93&bet=U232)> [13.10.2007].
- Pratt, Cranford (1988): Ethics and foreign policy: the case of Canada's development assistance, in: *International Journal* 43(2):264-301.
- Pratt, Cranford (1989a): Humane Internationalism: Its Significance and Its Variants, in: Cranford Pratt (Hrsg.): *Internationalism under Strain: The North-South Policies of Canada, the Netherlands, Norway and Sweden*, 3-23. Toronto: University of Toronto Press.
- Pratt, Cranford (1999): Competing rationales for Canadian development assistance: Reducing global poverty, enhancing Canadian prosperity and security, or advancing global human security, in: *International Journal* 54(2):306-323.
- Pratt, Cranford (Hrsg.) (1989b): *Internationalism under Strain: The North-South Policies of Canada, the Netherlands, Norway and Sweden*. Toronto: University of Toronto Press.
- Pratt, Cranford (Hrsg.) (1990): *Middle Power Internationalism: The North-South Dimension*. Kingston: McGill-Queen's University Press.
- Randel, Judith/German, Tony (1998): Sweden, in: Ian Smilie et al. (Hrsg.): *Public Attitudes and International Development Co-operation*, 133-136. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- Regeringen (1962): Svenskt utvecklingsbistånd. Regeringens proposition 1962:100, 23. Februar. Stockholm: Regeringen.

- Regeringen (1994): Bilaga 4 till budgetpropositionen 1994: Utrikesdepartementet (tredje huvudtiteln). Regeringens proposition 1993/94:100, bilaga 4. Stockholm: Regeringen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=37&dok\\_id=GH03100D179&rm=1993/94&bet=100](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=37&dok_id=GH03100D179&rm=1993/94&bet=100)> [10.10.2007].
- Regeringen (1997): De fattigas rätt - vårt gemensamma ansvar: Fattigdomsbekämpning i Sveriges utvecklingssamarbete. Regeringens skrivelse 1996/97:169, 29. Mai. Stockholm: Regeringen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=10&dok\\_id=GK03169&rm=1996/97&bet=169](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=10&dok_id=GK03169&rm=1996/97&bet=169)> [10.10.2007].
- Sahlins, Marshall D. (1972): *Stone Age Economics*. Chicago, IL: Aldine/Atherton.
- SAP (1967): Solidaritet med de fattiga folken: Program för samarbetet med u-länderna. Hrsg. auf dem Parteikongress vom 21.-23. Oktober. Stockholm: Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti.
- SAP (1975): Socialdemokraterna. Program. Fastställt av 1975 års partikongress. Stockholm: Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti.
- SAP (1990): Socialdemokraternas partiprogram. Antaget på socialdemokraternas 31:a kongress 1990. Stockholm: Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti.
- SAP (1997): Riktlinjer: Steget in i 2000-talet. Stockholm: Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti.
- SAP (2001): Socialdemokraternas program 1897 till 1990. Stockholm: Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek.  
<[http://www.arbark.se/pdf\\_wrd/partiprogram\\_pdf.pdf](http://www.arbark.se/pdf_wrd/partiprogram_pdf.pdf)> [28.08.2007].
- Schieder, Siegfried/Folz, Rachel/Musekamp, Simon (2010): The Social Construction of European Solidarity: Germany and France in the EU policy towards the states of Africa, the Caribbean, and the Pacific (ACP) and Central and Eastern European Countries (CEEC), in: *Journal of International Relations and Development* 13(3) (i.E.).
- Schrade, Christina (1997): Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4(2):255-294.
- Schraeder, Peter J./Hook, Steven W./Taylor, Bruce (1998): Clarifying the Foreign Aid Puzzle: A Comparison of American, Japanese, French, and Swedish Aid Flows, in: *World Politics* 50(2):294-323.
- Short, Clare (1997): Commons Hansard. 6th Series, Vol. 300, Col. 315, 5. November. London: House of Commons.  
<[http://www.publications.parliament.uk/pa/cm199798/cmhansrd/vo971105/debtext/71105-21.htm#71105-21\\_head0](http://www.publications.parliament.uk/pa/cm199798/cmhansrd/vo971105/debtext/71105-21.htm#71105-21_head0)> [24.10.2007].
- Stokke, Olav (1995): Aid and Political Conditionality: Core Issues and State of the Art, in: Olav Stokke (Hrsg.): *Aid and Political Conditionality*, 1-87. London: Frank Cass.
- Stokke, Olav (Hrsg.) (1989): *Western Middle Powers and Global Poverty: The Determinants of the Aid Policies of Canada, Denmark, the Netherlands, Norway and Sweden*. Uppsala.
- Svensson, Alf et al. (1995): Biståndspolitik. Motion till riksdagen 1994/95:U206, 23. Januar. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GI02U206&rm=1994/95&bet=U206](http://www.riksdagen.se/Webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GI02U206&rm=1994/95&bet=U206)> [10.10.2007].
- Svensson, Alf et al. (1996): Internationellt bistånd. Motion till riksdagen 1996/97:U209, 15. Oktober. Stockholm: Riksdagen.  
<[http://www.riksdagen.se/webbnav/index.aspx?nid=410&dok\\_id=GK02U209&rm=1996/97&bet=U209](http://www.riksdagen.se/webbnav/index.aspx?nid=410&dok_id=GK02U209&rm=1996/97&bet=U209)> [25.10.2007].
- Tannous, Isabelle (2007): Entwicklungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration*, 10. Aufl., 116-119. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- The Economist* (1994a): The curse of Pergau. 5. März, 42.



- The Economist* (1994b): That dam affair returns. 5. November, 36.
- The Guardian* (1994): Britain to re-draw aid rules after Malaysian fiasco. 25. Februar, 1.
- Theakston, Kevin (2000): New Labour and the Foreign Office, in: Richard Little/Mark Wickham-Jones (Hrsg.): *New Labour's foreign policy: A new moral crusade?*, 112-127. Manchester: Manchester University Press.
- Thérien, Jean-Philippe (1999): Beyond the North-South divide: the two tales of world poverty, in: *Third World Quarterly* 20(4):723-742.
- Thérien, Jean-Philippe (2001): Un demi-siècle d'aide au développement, in: *Lien social et politiques* 45:89-103.
- Thérien, Jean-Philippe (2002a): Debating foreign aid: right versus left, in: *Third World Quarterly* 23(3):449-466.
- Thérien, Jean-Philippe (2002b): Multilateral institutions and the poverty debate: Towards a global third way?, in: *International Journal* 57(2):233-252.
- Thérien, Jean-Philippe/Noël, Alain (1994): Welfare Institutions and Foreign Aid: Domestic Foundations of Canadian Foreign Policy, in: *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique* 27(3):529-558.
- Thérien, Jean-Philippe/Noël, Alain (2000): Political Parties and Foreign Aid, in: *The American Political Science Review* 94(1):151-162.
- Utrikesdepartementet (1996): Sveriges internationella utvecklingsamarbete. Årsberättelse 1994/95. Stockholm: Regeringen.
- van der Veen, Anne M. (2000): *Ideas and Interests in Foreign Policy: The Politics of Official Development Assistance*. PhD diss., Harvard University.

## Anhang

**Table A1 Schweden, 1991-1998: ODA-Vergabemerkmale in absoluten und relativen Werten**

	<i>In laufenden Mio. US\$</i>							
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
ODA	2.116,43	2.459,53	1.768,52	1.819,19	1.703,96	1.999,00	1.730,59	1.572,72
GNI	236.374,30	238.878,00	179.526,00	188.567,00	222.566,44	239.382,59	218.815,79	219.809,74
<b>ODA/GNI (in %)</b>	<b>0,90</b>	<b>1,03</b>	<b>0,99</b>	<b>0,96</b>	<b>0,77</b>	<b>0,84</b>	<b>0,79</b>	<b>0,72</b>
Bilaterale ODA	1.476,49	1.777,00	1.331,53	1.373,01	1.189,24	1.395,34	1.208,61	1.040,56
Davon Zuschüsse	1.469,44	1.765,62	1.331,53	1.372,07	1.189,24	1.395,34	1.208,61	1.045,14
<b>Zuschüsse/ bilaterale ODA (in %)</b>	<b>99,5</b>	<b>99,4</b>	<b>100,0</b>	<b>99,9</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0<sup>+</sup></b>
Bilaterale ODA*	1.468,67	1.663,98	1.258,96	1.297,83	1.192,14	1.039,05	1.071,78	1.307,14
ungebunden	1.229,60	1.420,70	1.070,67	1.060,28	1.118,92	819,33	798,44	1.036,74
teilweise ungebunden	–	–	–	–	–	114,06	109,21	119,04
Gebunden	239,07	243,28	188,29	237,54	73,22	105,66	164,13	151,36
<b>Ungebundene ODA/ bilate- rale ODA (in %)</b>	<b>83,7</b>	<b>85,4</b>	<b>85,0</b>	<b>81,7</b>	<b>93,9</b>	<b>78,9</b>	<b>74,5</b>	<b>79,3</b>

(fortgesetzt auf nächster Seite)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Bilaterale ODA	1.476,49	1.777,00	1.331,53	1.373,01	1.189,24	1.395,34	1.208,61	1.040,56
Davon Hilfe an die LDCs	622,36	527,64	437,26	379,15	356,47	409,55	363,43	301,47
<b>ODA an die LDCs/ bilaterale ODA (in %)</b>	<b>42,2</b>	<b>29,7</b>	<b>32,8</b>	<b>27,6</b>	<b>30,0</b>	<b>29,4</b>	<b>30,1</b>	<b>29,0</b>
ODA	2.116,43	2.459,53	1.768,52	1.819,19	1.703,96	1.999,00	1.730,59	1.572,72
bilaterale ODA	1.476,49	1.777,00	1.331,53	1.373,01	1.189,24	1.395,34	1.208,61	1.040,56
Multilaterale ODA								
multilaterale ODA	639,94	682,54	436,99	446,18	514,73	603,66	521,98	532,16
<b>Multilaterale ODA/ gesamte ODA (in %)</b>	<b>30,2</b>	<b>27,8</b>	<b>24,7</b>	<b>24,5</b>	<b>30,2</b>	<b>30,2</b>	<b>30,2</b>	<b>33,8</b>

Anmerkungen: Bei Additionen entstehende minimale Abweichungen von 100 Prozent erklären sich durch die von der OECD in ihrer Datenbank OECD.Stat vorgenommenen Rundungen auf die jeweils zweite Nachkommastelle. Die fett gesetzten Angaben symbolisieren die aus den absoluten Werten errechneten relativen Anteile der Indikatoren, die zusammengefasst in Tabelle 2 stehen.

+ ,100+‘ kennzeichnet solche Werte beim Zuschusselement, die rein rechnerisch über 100 Prozent liegen, was immer dann der Fall ist, wenn die Einnahmen des Gebers in Form von Kreditrückzahlungen den Umfang der neu gewährten Kredite desselben Jahres übersteigen.

\* Im Unterschied zu den vier anderen Indikatoren legt die OECD den Daten zur Lieferbindung nicht Nettoauszahlungen, sondern bilaterale Zusagen (commitments) zugrunde.

Quelle: Eigene Berechnung, basierend auf den Jahresberichten der OECD (1993-2004) und abgeglichen mit Daten aus der Online-Datenbank OECD.Stat (siehe Tab. A1; die absoluten Werte basieren ausschließlich auf den im Vergleich zu den OECD-Jahresberichten exakteren, da nicht auf ganze Zahlen gerundeten Daten aus OECD.Stat).

**Tabelle A2 Großbritannien, 1992-2001: ODA-Vergabemerkmale in absoluten und relativen Werten**

	<i>In laufenden Mio. US\$</i>									
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
ODA	3.243,10	2.920,18	3.196,98	3.202,21	3.198,65	3.433,10	3.863,51	3.426,25	4.501,26	4.578,99
GNI	1.040.323,00	935.292,81	1.039.805,63	1.120.104,00	1.166.584,00	1.307.901,72	1.408.051,69	1.450.791,13	1.417.780,81	1.431.326,52
<b>ODA/GNI (in %)</b>	<b>0,31</b>	<b>0,31</b>	<b>0,31</b>	<b>0,29</b>	<b>0,27</b>	<b>0,26</b>	<b>0,27</b>	<b>0,24</b>	<b>0,32</b>	<b>0,32</b>
Bilaterale ODA	1.698,78	1.523,46	1.762,41	1.715,69	1.789,00	1.978,84	2.131,77	2.248,52	2.709,53	2.621,73
davon Zuschüsse	1.887,56	1.574,45	1.808,70	1.746,29	1.782,27	1.926,33	2.328,17	2.066,98	2.563,33	2.642,92
<b>Zuschüsse/ bilaterale ODA (in %)</b>	<b>100,0<sup>+</sup></b>	<b>100,0<sup>+</sup></b>	<b>100,0<sup>+</sup></b>	<b>100,0<sup>+</sup></b>	<b>99,6</b>	<b>97,3</b>	<b>100,0<sup>+</sup></b>	<b>91,9</b>	<b>94,6</b>	<b>100,0<sup>+</sup></b>
Bilaterale ODA*	1.710,89	1.630,00	1.574,06	712,03	909,28	974,12	1.574,45	1.366,10	1.671,32	1.027,14
ungebunden	569,43	573,11	721,05	613,51	783,29	698,44	1.253,92	1.254,54	1.528,88	964,45
teilweise ungebunden	0,88	1,26	–	–	–	–	–	–	–	–
Gebunden	1.140,57	1.055,63	853,01	98,52	125,98	275,68	320,53	111,55	142,44	62,69
<b>Ungebundene ODA/ bilate- rale ODA (in %)</b>	<b>33,3</b>	<b>35,2</b>	<b>45,8</b>	<b>86,2</b>	<b>86,1</b>	<b>71,7</b>	<b>79,6</b>	<b>91,8</b>	<b>91,5</b>	<b>93,9</b>

(fortgesetzt auf nächster Seite)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bilaterale ODA	1.698,78	1.523,46	1.762,41	1.715,69	1.789,90	1.978,84	2.131,77	2.248,52	2.709,53	2.621,73
davon Hilfe an die LDCs	595,59	415,44	573,73	560,95	566,52	558,82	686,94	631,39	1.015,37	1.079,21
<b>ODA an die LDCs/ bilaterale ODA (in %)</b>	<b>35,1</b>	<b>27,3</b>	<b>32,6</b>	<b>32,7</b>	<b>31,7</b>	<b>28,2</b>	<b>32,2</b>	<b>28,1</b>	<b>37,5</b>	<b>41,2</b>
ODA	3.243,10	2.920,18	3.196,98	3.202,21	3.198,65	3.433,10	3.863,51	3.426,25	4.501,26	4.578,99
bilaterale ODA	1.698,78	1.523,46	1.762,41	1.715,69	1.789,90	1.978,84	2.131,77	2.248,52	2.709,53	2.621,73
Multilaterale ODA										
multilaterale ODA	1.544,32	1.396,71	1.434,57	1.486,52	1.408,75	1.454,26	1.731,73	1.177,73	1.791,74	1.957,26
<b>Multilaterale ODA/ gesamte ODA (in %)</b>	<b>47,6</b>	<b>47,8</b>	<b>44,9</b>	<b>46,4</b>	<b>44,0</b>	<b>42,4</b>	<b>44,8</b>	<b>34,4</b>	<b>39,8</b>	<b>42,7</b>

*Anmerkungen:* Bei Additionen entstehende minimale Abweichungen von 100 Prozent erklären sich durch die von der OECD in ihrer Datenbank OECD.Stat vorgenommenen Rundungen auf die jeweils zweite Nachkommastelle. Die fett gesetzten Angaben symbolisieren die aus den absoluten Werten errechneten relativen Anteile der Indikatoren, die zusammengefasst in Tabelle 3 stehen.

+ ,100+<sup>c</sup> kennzeichnet solche Werte beim Zuschusselement, die rein rechnerisch über 100 Prozent liegen, was immer dann der Fall ist, wenn die Einnahmen des Gebers in Form von Kreditrückzahlungen den Umfang der neu gewährten Kredite desselben Jahres übersteigen.

\* Im Unterschied zu den vier anderen Indikatoren legt die OECD den Daten zur Lieferbindung nicht Nettoauszahlungen, sondern bilaterale Zusagen (*commitments*) zugrunde.

*Quelle:* Eigene Berechnung, basierend auf den Jahresberichten der OECD (1994-2007) und abgeglichen mit Daten aus der Online-Datenbank OECD.Stat (siehe Tab. A2; die absoluten Werte basieren ausschließlich auf den im Vergleich zu den OECD-Jahresberichten exakteren, da nicht auf ganze Zahlen gerundeten Daten aus OECD.Stat).